

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreispaltige Beizeile oder deren Raum 80 A.

Verbandstollegen! Die nächste Arbeitslorenzählung ist Freitag, den 24. Dezember; niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

Zur Kritik des Vertragsentwurfs der Unternehmer.

V.

Die Vertragsdauer.

Recht weit gehen die Ansichten der Arbeiter und Unternehmer auch bei der Abmessung der Vertragsdauer auseinander. Die Gewerkschaften haben sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß allzulange Vertragsperioden zu vermeiden seien. Sie gingen dabei von der Erwägung aus, daß sich bei längerer Vertragsdauer durch große Verschiebungen auf dem Waren- und Wirtschaftsmarkt Zustände herausbilden könnten, die zu ertragen man den Arbeitern nicht zumuten könne. Es hat sich bisher nichts ereignet, was die Gewerkschaften veranlassen könnte, diesen Standpunkt aufzugeben. Sie schlagen darum eine zweijährige Vertragsdauer vor. Dem stellen die Unternehmer die Forderung einer fünfjährigen Vertragsdauer entgegen.

Auch mit dieser Forderung verlassen die Unternehmer den Boden der bisherigen Praxis. Verträge von fünfjähriger Dauer waren bisher im Maurergewerbe so gut wie gänzlich unbekannt, fast allgemein besteht zweijährige, selten dreijährige Vertragsdauer. Die Forderung der Unternehmer stellt also einen schroffen Bruch mit dem Bestehenden dar. Fragt man nach den Gründen der Unternehmer, so hört man, daß es ruhmlos für das Gewerbe sei, wenn es alle zwei Jahre die Unruhe erneuter Verhandlungen durchmachen müßte. In einem offiziellen Bericht des Unternehmerbundes über die Verhandlungen wird darüber gesagt:

„Die Arbeitgeber schlagen eine fünfjährige Dauer vor, um den Zweck des Tarifvertrages zu erreichen, für einen längeren Zeitraum Ruhe im Gewerbe zu haben. Bei nur zweijähriger Dauer würden immer die kaum erlebten Verhandlungen zwischen den großen Organisationen wieder von neuem begonnen werden müssen und dadurch fortgesetzt Unruhe und Aufregung in das Gewerbe getragen werden. Die lokalen Vereinbarungen über Lohn usw. lassen sich für einen fünfjährigen Zeitschnitt ebensogut festlegen wie für einen zweijährigen.“

Worte sind bekanntlich oft nur dazu da, um die Gedanken zu verbergen. Uns scheinen diese Worte wirklich keinen andern Zweck zu haben. Es ist ja gar nicht wahr, daß es den Unternehmern um die Ruhe im Gewerbe zu tun ist, sonst würden sie nicht bestrebt sein, mit ihren Arbeitsnachweiser eine Quelle steter Verunsicherung zu schaffen. Ihre Gründe sind ganz anderer Art. Sie wollen mit den fünfjährigen Vertragsperioden ein Geschäft auf Kosten der Arbeiter machen. Sie kalkulieren so: Kommt es zum Vertragsabschluss, so werden die zu vereinbarenden Lohnerhöhungen bei fünfjähriger Dauer nicht oder nicht wesentlich größer sein als bei kürzerer Dauer; wir sind also auf längere Zeit vor weiteren Lohnerhöhungen geschützt. Aber auch eine andre Erwägung liegt der Forderung zugrunde: Die Unternehmer sind alle schon in einer gewissen Hurra Stimmung. Sie können sich den Ausgang der Tarifbewegung gar nicht anders als eine gründliche Niederlage der Arbeiterorganisationen vorstellen. In Wort und Schrift haben sie diese Meinung ausgesprochen. Selbstverständlich gegenden die Unternehmer die Früchte eines etwaigen Sieges für möglichst lange Zeit sicherzustellen; und darum die Forderung nach fünfjähriger Vertragsdauer.

Doch mögen die Unternehmer durch diese oder jene Gründe zu ihrer Forderung gekommen sein, keine davon

können die Arbeiterschaft veranlassen, von ihrem Standpunkt abzugehen, der durch erhebliche Interessen bestimmt ist. Die Bewegungen der Warenpreise sind bei uns sehr lebhaft, für die meisten Waren sind die Preise fortwährenden und bedeutenden Schwankungen unterworfen. So erleidet der Reallohn der Arbeiter Veränderungen über Veränderungen, und meistens bewirken sie eine Verminderung des Reallohnes, da Preisschwankungen nach unten die Masse der Konsumenten nicht erreichen, sondern von dem parasitären Zwischenhandel gierig aufgefangen werden. Aus diesem Grunde muß die Arbeiterschaft die langfristigen Tarifverträge ablehnen, da sie der Anpassung des Lohnes an die gesteigerten Kosten des Lebensunterhalts hindernd im Wege stehen. Gewiß lassen sich die Tarife so einrichten, daß diese Nebel teilweise abgeschwächt werden, und zwar durch die Einsetzung angemessener Lohnsteigerungen, aber das Bessere und Vollkommene ist doch die Beschränkung der Tarifdauer auf einen Zeitraum, der allzu große Verschiebungen in den Warenpreisen nicht scharfer wirksam werden läßt. Von diesen Erwägungen gingen die Gewerkschaften aus, als sie die zweijährige Tarifdauer forderten. Es ist also keine Prinzipienfrage, man kann die materiellen Ergebnisse der Verhandlungen dabei berücksichtigen; aber für ausgeschlossen müssen wir es halten, daß sich die Arbeitervorgänge auf eine fünfjährige Tarifdauer einlassen. Wir verlassen diese Frage mit der wiederholten Feststellung, daß es auch hier die Unternehmer sind, die den Bruch mit der bisherigen Praxis im Baugewerbe fordern. Bisher gab es im Baugewerbe — von einer Ausnahme abgesehen — noch keine fünfjährigen Tarifverträge, zwei Jahre war die Norm; der Unternehmerbund will es in einer gegen die Arbeiter gerichteten Weise ändern. Er wird auch in diesem Punkte die Arbeiter auf dem Posten finden.

VI.

Schlichtungsverfahren.

Die Schlichtung der aus dem Vertrage entstehenden Streitigkeiten konnte bisher am allerwenigsten befriedigen. Die örtlichen Schlichtungskommissionen waren in sehr, sehr vielen Fällen höchst fragwürdige und schwerfällige Gebilde, die eher den Namen Verschleppungskommissionen verdienten. Den Vorsitz führte ein Unternehmer, gewöhnlich der Vorsitzende des örtlichen Unternehmerverbandes; ihm war die Behandlung des Streitfalles überantwortet. Er hatte die Schlichtungskommission einzuberufen; tat er das nicht, so blieben die Beschwerden der Arbeiter ungehört. Von seinem Willen hing also die Vertragserfüllung in der Praxis ab.

Die gängen letzten zwei Jahre, in denen wir die Einrichtung der Schlichtungskommissionen durch das Vertragsmuster für 1908/10 in größerem Umfang haben, sind angefüllt von bitteren, dringenden Klagen der Arbeiter über die Handhabung der Geschäfte durch die Untermehervorstände. Die meisten Klagen kamen aus den Gebieten der Gane Dortmund und Köln. Dort stieß schon die Bildung der Schlichtungskommissionen auf große Schwierigkeiten. In mehreren Orten hatte sich die Schlichtungskommission noch nicht konstituiert, als die Verträge schon ein Jahr und länger bestanden hatten, so daß auftauchende Streitfälle überhaupt nicht geschlichtet werden konnten. Das waren keine verschwindenden Ausnahmen, das kam sehr oft vor, wie die Protokolle über die Verhandlungen der Einigungsämter,

besonders des Einigungsamtes in Essen, ergeben. Dann gab es wieder Orte, in denen man zwar die Kommission selbst gebildet hatte, wo aber die Schlichtungen der Streitigkeiten durch den passiven Widerstand der Unternehmer vorstehenden gehemmt wurde. Wir begnügen uns zunächst mit diesen allgemeinen Behauptungen. Sollte es notwendig werden, sie mit Beweisstücken zu belegen, so genügt ein Griff in unsere Schublade, um deren Duzende anzuführen. Kurz und gut: das Schlichtungsverfahren ist der wunde Stelle der wunden Punkte in unserm Vertragsverhältnis, und wie es für uns ein Gebot der Notwendigkeit ist, so müßte es von den Unternehmern als ein moralisches Gebot empfunden werden, hier energisch zuzugreifen, um die Mängel des Schlichtungsverfahrens zu beseitigen.

Was streben nun die Vertragsparteien in dieser Sache an? Die Arbeiter verlangen, daß Differenzen sofort, in einer möglichst kurz bemessenen und im Verträge festzulegenden Zeit, geschlichtet werden müssen. Die Bestimmungen über die Geschäftsordnung der Schlichtungskommissionen müssen so abgefaßt sein, daß Verschleppungen von Streitfällen ausgeschlossen sind. Es kommt darauf an, einmal die sofortige Konstituierung der Schlichtungskommissionen zu einer zwingenden Pflicht zu machen; zweitens eine angemessene Frist festzusetzen, innerhalb der die Streitigkeiten behandelt werden müssen.

Die Vorschläge der Unternehmer gehen auch hier nach einer ganz andern Richtung. Sie beantragen folgende Fassung (die Aenderungen und Zusätze sind gesperrt):

§ 8.

Schlichtung von Streitigkeiten.

Streitigkeiten aus diesem Vertrage hinsichtlich der örtlichen Zusätze sind durch eine . . . Schlichtungskommission, . . . bestehend aus . . . Arbeitgebern und . . . Arbeitnehmern zu schlichten.

Die örtlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wählen ihre Mitglieder.

Den Vorsitz in der Kommission führt ein Arbeitgeber.

Die Geschäftsordnungen der Schlichtungskommissionen werden durch die örtlichen vertragschließenden Parteien festbestimmt.

Kann die Schlichtungskommission den Streit nicht schlichten, so unterliegt die weitere Bearbeitung des Streitfalles . . . endgültig entscheidet.

Bei Meinungsverschiedenheiten über prinzipielle Fragen und über das Vertragsmuster versuchen zunächst die Vorstände der Zentralorganisation, eine Einigung herbeizuführen. Gelingt die Einigung nicht, so entscheidet endgültig ein Schiedsgericht, in das jede Partei drei Mitglieder wählt, welche keiner der vertragschließenden Organisationen angehören dürfen. Den Obmann dieses Schiedsgerichts ernannt der jeweilige Direktor der Technischen Hochschule zu Charlottenburg.

Vor Beginn und während des Verfahrens sind Streits, Aussperrungen, Warnungen vor Zug oder ähnliche Maßnahmen unter keinen Umständen zulässig.

Die beantragte Beschränkung der Zuständigkeit der Schlichtungskommissionen auf Streitigkeiten, die aus den örtlichen Zusätzen zum Vertrag erwachsen, ist logisch und man kann gegen die Aufnahme der Worte nichts einwenden, obwohl ein bestimmtes Bedürfnis dazu nicht vorliegt. Ganz anders aber steht es mit der Bestimmung, daß der Vorsitzende der Schlichtungskommission stets ein Unternehmer sein soll. Der Forderung liegt wiederum ein gerichtlich festgesetztes Maß von Anknüpfung und Selbstüberhebung zugrunde. Nun ist es bisher gmar in der

Praxis nicht anders gewesen, als daß die Arbeiter das Amt des Vorsitzenden den Unternehmern überließen; aber ein Privilegium der Unternehmer auf das Amt bestand nicht; nach dem Vertrage konnten auch Arbeiter zur Leitung der Schlichtungskommission gewählt werden. Es wäre auch sicher in Zukunft in den allermeisten Fällen dabei geblieben, daß man einen Unternehmer zum Vorsitzenden wählte; wir hätten diese Frage wie bisher, so auch in Zukunft lediglich nach rein sachlichen Erwägungen behandelt; etwas anderes aber ist es, wenn die Unternehmer sozusagen ein Erbrecht für das Vorsitzendenamt beanspruchen. Das steht ihnen nicht zu, und darum werden wir eine solche Vertragsbestimmung nicht gutheißen.

Die Unternehmer wissen, daß es deswegen bisher noch keine Konflikte gegeben hat; wenn sie sich jetzt trotzdem zu einem solchen Vorstoß entschlossen haben, so werden sie dafür besondere Gründe haben. Diese werden uns erkennbar aus dem, was in ihrem Vorschlage fehlt. Bestimmungen, die ein promptes und zuverlässiges Arbeiten der Schlichtungskommissionen gewährleisten, haben sie nicht vorgeschlagen, obwohl ihnen sehr gut bekannt ist, wieviel Grund zu berechtigten Klagen die bisherige Praxis gegeben hat. Gegen die Verschleppungspolitik der Schlichtungskommissionen haben sie nichts; nein, sie wollen sich durch das Monopol des Vorsitzendenamtes erst recht die einflussreichste Stelle in den Kommissionen sichern, um ihre Verschleppungspolitik gegenüber allen Bemühungen der Arbeiter zu sichern. So bekommt auch die Einschaltung im letzten Absatz, daß Wortnehmer vor Zuzug während der Verhandlungen unzulässig sein sollen, einen wenig harmlosen Charakter; auch damit will man sich die Erfolge der Verschleppungspolitik sichern. Bei alledem ist zu bedenken, daß bei mindestens 90 vom Hundert aller Beschwerdefälle die Arbeiter die Beschwerdeführenden sind.

Ueber den Antrag auf Errichtung eines zentralen Tarifschiedsamtes haben wir bereits früher unsere Meinung gesagt; eine solche Einrichtung wird mit der Zeit notwendig werden; nur ist damit noch lange nicht gesagt, daß die Arbeiter den Vorschlag des Unternehmerbundes akzeptieren werden. Der jeweilige Direktor der technischen Hochschule zu Charlottenburg mag ein sehr achtenswerter Mann sein, doch wer will bestreiten, daß er den Unternehmern weit näher steht als den Arbeitern. Also auch diesem Antrage gegenüber ist seitens der Arbeiter zunächst Zurückhaltung am Platze, und es ist lediglich die Folge der ganzen sonstigen Haltung der Unternehmer, wenn sich diese Zurückhaltung mit einem guten Quantum Mißtrauen vermischt.

Worauf es hinsichtlich des Schlichtungswesens ankommt, sind Kautelen für ein schleuniges und bereitwilliges Arbeiten. Darin aber verlagern die Anträge des Unternehmerbundes völlig; was sie zu diesem Punkte an Neuerungen vorschlagen, ist der Ausfluß eines aggressiven Schlarfschmuckens, dem aller sozialer Sinn fehlt. Die Unternehmer sind konsequent geblieben, sie haben in allen Punkten den ihnen ureigenen Geist brutaler Vergewaltigungsbekämpfung betätigt. Wie sie damit fahren werden, ist eine andre Frage, die nicht von uns hier auf dem Papier, sondern nur von der Masse der deutschen Bauarbeiter auf dem Kampfboden der Wirklichkeit beantwortet werden kann. Unsere Aufgabe war und konnte nur sein, die Absichten, die sich hinter den Vorschlägen der Unternehmer mehr und weniger geschickt verbergen, ans Licht zu ziehen und der Kollegenschaft zu zeigen, welcher Art der Kampf ist, der sich jetzt vorbereitet, und um welchen Preis es sich hierbei handelt. Kommt es zum Kampf, so geht es um Kern- und Prinzipienfragen der Arbeiterbewegung:

- um den Minimallohn;
- um die Freiheit der Gewerkschaften nach innen;
- um die Parität der Arbeitsvermittlung;
- um das staatsbürgerliche Recht der freien Meinungsäußerung;
- um die Zukunft der Tarifverträge als Elemente eines neuen sozialen Rechts.

Das sind die Kampfobjekte, die allein die Anträge des Unternehmerbundes zum Vertragsmuster geschaffen haben; es wird sich erst bei der späteren Verhandlung herausstellen, was die materiellen Gegenstände der Bewegung sein werden. Doch daran braucht man auch heute schon nicht mehr zu zweifeln, daß wir alle erreichbaren Kräfte aufzubieten müssen, wenn wir das angreifende Unternehmertum zurückwerfen wollen.

Der schon in dem Abschnitt über die Vertragsdauer erwähnte offizielle Bericht des Bundesvorstandes über die erste Verhandlung enthält eine Wermutung, die in ihrem ersten Teile eine geschmacklose Ueberhebung darstellt, und in ihrem zweiten Teile gegen die baugewerbliche Arbeiterpresse gerichtet ist. Sie lautet:

„Es sei noch bemerkt, daß es bei den Berliner Verhandlungen den Arbeitnehmern gelungen ist, den Arbeitgebern an Takt und Sachlichkeit nicht

nach zu stehen. Das ist auch für die weiteren Unterhandlungen zu wünschen. Freilich müßte sich auch die Presse der Arbeiterverbände vor aufreizenden wirkenden Ueberreibungen und Entstellungen hüten, wenn ihr daran gelegen ist, die in Aussicht genommenen weiteren Tarifverhandlungen zu fördern!“

Wenn man im Unternehmerlager von Takt und Sachlichkeit redet, so heulen die Hunde, und unsere Verhandlungspraktiker gedenken der Unternehmer, denen sie erst die Anfangsgründe geordneter Verhandlungsrat beibringen mußten.

Was aber die an die Presse der Bauarbeiterorganisationen gerichtete Mahnung anbetrifft, so hat es damit seine eigene Bewandnis. Dahinter steckt nichts weiter als die Furcht vor der Aufrüttelung der Massen; denn letzten Endes kann der Plan der Unternehmer nur gelingen, wenn sich große Teile der Bauarbeiterschaft zu der gegenwärtigen Bewegung gleichgültig verhalten. Welchem Zweck aber diene denn eigentlich unsere Presse, wenn sie jetzt nicht der großen Masse klar machen wollte, welch bössartiges Attentat die Unternehmer hier planen! Das könnte den Unternehmern schon gefallen, das glauben wir gern. Aber daraus kann nichts werden; wir werden es auch in Zukunft nicht an sachlicher Aufklärung fehlen lassen, wie überhaupt nur die Bedürfnisse unserer Bewegung die Nichtsichur unfres Handelns sind. Dabei brauchen wir weder etwas zu übertreiben noch zu entstellen, es genügt, die Anträge der Unternehmer nach ihrem Wesen und ihrer Wirkung zu untersuchen, um in der Arbeiterschaft die Kräfte des Widerstandes zu lösen. Ist aber jene Mahnung so gemeint, daß die Arbeiterpresse durch ihre Haltung die notwendigen Verhandlungen erschwere, so weisen wir den darin liegenden Vorwurf weit zurück. Da lehre der Unternehmerbund zunächst vor der eigenen Tür. Sein Publikationsorgan für Nordwestdeutschland, die in Westfalen erscheinende „Arbeitsbegeisterung“, leistet sich seit seinem Bestehen Beschimpfungen der Arbeiter und ihrer Vertreter, wie wir sie noch nirgend schlimmer gefunden haben. In einem Artikel in der Nummer vom 14. November kommen neben mancher andern Stillblüte folgende Sätze vor:

„Es kann keine Frage sein, daß die rote Horde mit ihren Obergangenen, genau wie in den Krankenkassen, in den paritätischen Arbeitsnachweisen durch gemeinsten Terrorismus, Betrug und sonstige beliebte und bewährte Mittelgelen die Oberhand gewinnen würden. Ein anständiger Arbeiter, der von den Vorteilen der roten Gewerkschaften keineswegs überzeugt und von ihnen nichts wissen will, der lieber sein fauer verdientes Geld feiner Familie, als den roten Schnapphähnen zuwenden, könnte bestimmt darauf rechnen, zwölf Monate im Jahre arbeitslos zu sein.“

Wenn der Unternehmerbund also das Bedürfnis fühlt, auf die Haltung der Presse besänftigend einzuwirken, so wird er nun wohl wissen, wo es am nötigsten ist.

Poliere und Baukontrolle.

Der Vorstand des deutschen Polierbundes, Eitz Braunschwieg, hat eine Petition an den Reichstag, betreffend Abänderung des § 133 a der Gewerbeordnung, gerichtet. Vorweg sei daran erinnert, daß sich diese Polierorganisation durchaus in den Dienst der Unternehmerinteressen stellt und deshalb auch das Wohlwollen und die Unterstützung des Unternehmertums genießt. Die Petenten führen sich ein mit der Erklärung, daß der deutsche Polierbund „die Ständesinteressen derjenigen Poliere vertritt, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind“. Diese Erklärung, die klipp und klar den gelben Charakter des deutschen Polierbundes erkennen läßt, soll den Petenten als besondere Empfehlung bei den bürgerlichen Parteien und den verbündeten Regierungen dienen. Sie stellen das Ergehen, bei der demnächstigen Beratung der Initiative zur Deutschen Reichsgewerbeordnung zu beschließen: „daß die Poliere unter den im § 133 a der Reichsgewerbeordnung aufgeführten Personen ebenfalls mit benannt werden“ und ferner: „daß zu Baukontrolleuren die Poliere gesetzlich bestimmt werden.“

Die in einem hanebüchigen Deutsch abgefaßte Begründung dieses Ersuchens geben wir nachstehend vollständig wieder: „Der Polier ist heutzutage, wo der Bauunternehmer sich um den einzelnen Bau nicht kümmern kann, wohl fast überall der Vertreter des Arbeitgebers. Er hat die ordnungsmäßige Ausführung des Baues zu überwachen und wird auch fast ausschließlich zur Weichenfahrt gezogen; wenn sich ein Unfall auf dem Bau ereignet oder sich für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter bedenkliche Mängel zeigen. Damit ist anerkannt, daß der Arbeitgeber vom Polier ein gewisses Maß technischer Kenntnisse fordert und voraussetzt, das ihn vor dem Geschehen verantwortlich erscheinen läßt. In der Tat ist es ja auch meist der Polier, der für die Durchführung der Unfallversicherungsbedingungen verantwortlich gemacht wird. In dieser Erkenntnis hat denn auch der Bremer Senat auf Grund eines von ihm eingehenden und späterhin angenommenen Gesetzes zwei Poliere als Baukontrolleure für das bremische Staatsgebiet angestellt.“

Die Abneigung in Arbeitgeberkreisen gegen die Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeit-

nehmerstande, die der Befürchtung entspringt, es möchte diese Tätigkeit zu agitatorischen Zwecken ausgebaut und die Arbeiterschaft auf den Bauteil aufgewiegelt werden, ist nicht mehr begründet, wenn Poliere für diesen Posten vom Gesetze bestimmt werden, da die Poliere, soweit sie dem Deutschen Polierbunde angehören, durch ihre Satzungen gebunden sind, sich aller politischer oder agitatorischer Tätigkeit auf dem Bau zu enthalten, sondern der Vertrauensmann seines Arbeitgebers zu sein und vermittelnd zwischen diesem und den Arbeitnehmern zu wirken.

Nicht nur die schon jetzt vorhandene Verantwortlichkeit vor dem Gesetze, sondern auch die größere gewerbliche Loyalität und die reichere Erfahrung befähigen den Polier in höherem Grade zu dem Amte eines Baukontrolleurs, als jeder andere Arbeitnehmer.

Schließt sich der hohe Reichstag diesen Ausführungen an, so folgt daraus von selber, daß der Polier auch unter dem im § 133 a der Reichsgewerbeordnung aufgeführten Aufsichtsbearbeiter zu amzunehmen ist. Aber auch die Vorbereitungen, die eine Aufhebung des Poliers in dem Texte des genannten Paragraphen gerechtfertigt erscheinen lassen, sind längst vorhanden. Wohl in den meisten Städten ist dem Polier eine monatliche Kündigungskasse und eine entsprechende Gehaltszahlung zustand, und auch die Arbeitgeberkreise haben sich dahin, daß die Unfähigkeit, die bezüglich der Stellung des Poliers nach der Gewerbeordnung hier und da noch herrscht, baldigt beseitigt werde und der § 133 a auf den Polier Anwendung finde. Betont mag noch sein, daß die Rechtsprechung fast stets den Polier als einen Betriebsbeamten im Sinne des § 133 a ansieht.

Um eine wirksame, im Interesse aller Beteiligten liegende Baukontrolle durchzuführen und dem Polier die seinen Leistungen und Anforderungen entsprechende Stellung auch in der Gesetzgebung einzuräumen und damit die noch bestehenden juristischen Zweifel zu beseitigen, bitten wir nochmals dringend, unseren einmütigen geäußerten Wünschen gütlich entsprechen zu wollen.“

So die Begründung. Wir glauben wohl, sagen zu dürfen, daß wir den Polieren und ihrer Stellung noch niemals durch unmotivierten und ungerechten Kritik zu nahe getreten sind. Allerdings widerspricht es unserer Auffassung, sie als besonderen Stand zu behandeln, dem besondere Interessen neben oder gegenüber der Masse der Gesellschaft zuzusprechen wären. Sie gehören zum Stand der Gesellen; ihre händerliche, ihre technische Tätigkeit ist keine andere, als die der Masse der, wirklich tüchtigen Gesellen. Natürlich können nicht alle Gesellen Poliere werden. Von den vielen, die durchaus dazu befähigt sind, gelangt immer nur ein verschwindend geringe Teil zu diesem Posten. Was der Polierstand seit ihrer Entstehung im mittelalterlichen Baugewerbe die Eigentümlichkeit verleiht, ist, daß auf sie der Begriff der Wertemessung nicht paßt. Auch mit dem Charakter des Technikers ist sie nicht zu vergleichen. Der Polier ist und bleibt der handwerklich ausgebildete Arbeiter, der Geselle. In den Zeiten der alten Zunftorganisation galt er in erster Linie als Vertrauensmann der Gesellenchaft am Bau, dem es oblag, die Rechte und Interessen seiner Gewerkschaften gegenüber dem Meister zu wahren. Daß sich dieses Verhältnis in der modernen Zeit nicht durchweg behaupten konnte, ist zu beklagen. Das natürliche Verhältnis zwischen dem als Polier fungierenden Gesellen und seinen Kollegen ist das der Solidarität.

Der Vorstand des Deutschen Polierbundes nimmt einen anderen Standpunkt ein. Er stempelt die Poliere zu einem besonderen, von der Gesellschaft abgetrennten und über ihr stehenden Stande. Und das zu dem Zwecke, um die Forderung zu begründen, daß die Poliere gesetzlich zu Baukontrolleuren bestimmt werden. Selbstverständlich gehört auch dem Polier das Amt eines Baukontrolleurs in seiner Eigenschaft als Arbeitnehmer. Aber doch wahrlich ihm nicht allein, sondern auch jedem anderen dazu geeigneten Gesellen. Die Petenten jedoch wollen nur den Polier; nämlich behaupten sie, daß er in höherem Grade zu dem Amte eines Baukontrolleurs befähigt sei als jeder andere Arbeitnehmer“. Das ist eine Umarmung und Ueberhebung, die wir entschieden zurückweisen, zumal sie sich in einer sehr häßlichen, demagogisch-spekulativen Art und Weise äußert. Die Petenten treiben ein gegen die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation gerichtetes Tendenzspiel. Nicht genug damit, daß sie sich zu dieser Organisation in einen scharfen Gegensatz bringen mit der Bemerkung, die dem Bunde angehörenden Poliere seien diejenigen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind.“ Sie lehnen diesen Gegensatz nach oben hin scharf hervor, indem sie sagen, daß die Poliere, die dem Deutschen Polierbunde angehören, nicht die Befürchtung zutreffen, daß sie ihre Tätigkeit als Baukontrolleure zu agitatorischen Zwecken ausbauen und die Arbeiterschaft aufwiegeln würden. Bekanntlich bekämpft das Unternehmertum die Forderung der gewerkschaftlich organisierten Maurer usw., betreffend die Beteiligung an der Baukontrolle, mit der Klage, daß die aus der Organisation hervorgehenden Kontrolleure ihr Amt in der obenangeführten Weise mißbrauchen würden. Da kommt nun der Vorstand des Polierbundes dem Unternehmertum zu Hilfe. Er weist die Klage nicht etwa zurück, sondern er sagt: Die Mitglieder des Bundes sind solche böse Menschen nicht; die enthalten sich jeder politischen und agitatorischen Tätigkeit auf dem Bau; sie sind die Vertrauensmänner der Unternehmer. Alle anderen Poliere sind danach minderwertige Individuen. Nur die vom gelben Bunde sind befähigt zur Baukontrolle.

Sollte die Petition im Reichstage zur Verhandlung kommen, so wird sie von Seiten der Sozialdemokraten den entschiedensten Widerspruch erfahren, und ganz gewiß unter Zustimmung der gesamten organisierten Bauarbeiterschaft, die ganz gewiß keine Ursache hat, zugunsten des gelben Polierbundes zu verziehen auf ihre Forderung, die Arbeiter, zu denen natürlich auch die Poliere zu rechnen sind, an der Baukontrolle zu beteiligen.

Politische Umschau.

Der Bureaokratismus auf der Anklagebank im Reichstage. — Die „schönen“ Zustände auf der Reichstagsfeier in Kiel. — Der neue Kanzler vor dem Reichstage. — Eine sehr dürftige Einführungsbrede zum Etat. — Der neuen Kanzlers Standpunkt zu den Parteien. — Die Frage der preussischen Wahlrechtsreform. — Initiativanträge und Petitionen.

Sankt Bureaokratismus, der große Spezialheilige preussisch-deutscher Staatsgewalt, hatte einige böse Tage. Er sah im Reichstage auf der Anklagebank wegen der unerhörten Betriebspraxis, die in dem Kieler Werftprozess zum Staunen und zur Enttäuschung aller Welt enthüllt worden sind. Die vom Staatsanwalt Angeklagten in diesem Prozeß sind nach fünfwöchiger Verhandlung freigesprochen worden, während die Marinerverwaltung eine schwere Beladung erfuhr. Ihr wurden nachgewiesen: der Mangel an genügender Aufsicht; die Besetzung wichtiger Posten mit ungeeigneten Beamten; Mangel an Sparsamkeit; das Fehlen kaufmännischer Buchführung; ein rigoroses System der Abwehr aller Vorwürfe, bessere Einrichtungen zu schaffen. Nun hatte sich der Reichstag auf Grund der Interpellationen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten mit dem Standal zu beschäftigen. Die Begründung der Interpellationen erfolgte durch die Abgeordneten Dr. Leonhard und Regien. Ihre Ausführungen sowie die sich daran knüpfende Debatte brachten Beweise in Fülle und Fülle dafür, daß das auf der Kieler Werft gelübte System tatsächlich noch viel schlimmer ist, als es durch den Prozeß schon dargestellt worden ist. Besonders wertvoll in dieser Hinsicht ist die Rede des Abgeordneten Regien. Offen heraus konnte er, gestützt auf erdrückendes Beweismaterial, erklären, daß die ganze Organisation des Werftbetriebes faul ist. Auf 8500 Arbeiter kommen 1000 Offiziere und Beamte, also auf je acht Arbeiter ein Vorgesetzter, ungerechnet die Vorarbeiter. Man möge einmal die Arbeiter fragen, wie sie über die Qualifikation des Aufsichtspersonals denken. Der Marineminister ignoriert grundsätzlich alle ihm aus Arbeiterkreisen eingehenden Beschwerden. Selbst als Regien in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter für Kiel im vorigen Jahre eine Eingabe an Herrn v. Tirpitz richtete, in der auf schwere Missethate hingewiesen war, hat der Minister es abgelehnt, darauf einzugehen. Es ist vorgekommen, daß Arbeiter, die sich beschwerdeführend an ihre höheren Vorgesetzten wandten, unter dem Vorwande, sie seien Sozialdemokraten, entlassen wurden! Die Qualität der Werftarbeiter wird dadurch systematisch herabgemindert, daß man in erster Linie Mitglieder eines „nationalen Arbeitervereins“ einstellt. Diesen Verein ist geradezu die Arbeitsvermittlung übertragen zu dem Zweck, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter möglichst zurückzuführen. Von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat man den Ausschluß aus dem Verbande verlangt. Weiter brachte Regien folgende höchst charakteristische Tatsache vor: Im Jahre 1900 verkaufte der Marinefiskus ein Grundstück, das mitten im Rayon der Werften lag, für 1 160 000 an zwei Privatleute. Diese konnten es für Bauzwecke nicht verwenden, weil es eben im Werft-rayon lag, sie hatten es auch nur auf Spekulation gekauft. Und nach drei Jahren sah sich dann der Fiskus auch genötigt, die beiden Grundstücke zurückzukaufen, und zwar für 225 000! Eine solche Dummheit kann ja auch anderen Leuten passieren, aber die Herren von der Marinerverwaltung, denen es passiert, sollten sich nicht so aufs hohe Pferd setzen, wie sie es bisher im Reichstage immer getan haben. Die Zurücknahme von geliefertem Material erfolgt in den Magazinen nicht. Was einmal ausgeliefert ist für den Bau eines Schiffes oder für einen anderen Zweck, wird als verausgibt gerechnet und nicht wieder zurückgenommen! Ein Bureaufrat kann sich ja natürlich nicht irren. Wohin das führt, dafür einige Beispiele: Zum Anstrich eines Schiffes wurde Farbe gebraucht. Das verbrauchte Quantum ist nicht immer das gleiche, sondern der Verbrauch der Farbe richtet sich nach dem Wetter. Bei feuchtem Wetter ist mehr erforderlich als bei trockenem. Nun war ein Schiff bei sonnigem Wetter gestrichen, und es waren zwei Fässer Farbe übriggeblieben. Wohin damit? Die Arbeiter trugen sie ins Magazin zurück, dort aber nahm man sie nicht; denn das gibt es nicht, die anlassen verbraucht sein! „Wir irren uns nicht!“ Und so blieb nichts anderes übrig, als die Fässer nächstliegender in den Hafen hinauszufahren und ins Meer zu versenken! Zum Bau einer Schiffskabine wird ein bestimmtes Quantum Holz geliefert. Auch hier richtet sich der Verbrauch danach, ob das Holz ganz feuchtes ist und auch nach der Qualifikation des Arbeiters. Aber Reste werden nicht zurückgeliefert, und wenn die Revision kommt, werden die wertvollen Reste einfach unter den Kessel geschoben, wo sie verschwinden. Beim Kreuzer „Moon“ waren die Kunsttüren vergessen; es wurde daher die ganze Arbeit wieder herausgerissen, und 16 000 Kilo Platten und Winkelstahl wurden einfach ins alte Eisen geworfen!

Das sind hoch wahrhaft unerhörte Zustände, die natürlich das steuerzahlende Volk treffen.

Und was hatte Herr v. Tirpitz auf alle die begründeten Beschuldigungen, zu denen im Laufe der Debatte noch viele andere, auch von Seiten des Zentrumsabgeordneten Erzberger, hinzukamen, zu antworten? Er verteidigte das bürokratische System, für das er als Minister verantwortlich ist. Gegen ihm bekannt gewordene „Unregelmäßigkeiten“ sei er energisch vorgegangen. Im übrigen ist nach seinen Behauptungen auf den kaiserlichen Werften alles gut und wohl bestellt. So macht St. Bureaokratismus es immer, wenn er sich verteidigen soll; er spielt die getränkte Inskuld. „Dies Kind, kein Engel ist so rein.“ Mit vollem Recht vertrat Regien die Forderung auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Die sozialdemokratische Fraktion wird bei der zweiten Beratung des Etats zum Titel „Marineamt“ einen bezüglichen Antrag einbringen.

Am 9. Dezember begann die große Generaldebatte zum Etat, die allgemein mit Spannung erwartet worden war, weil sich der neue Kanzler beim Reichstage vorzustellen hatte. Fünf Monate ist er nun als Nachfolger Bülow's im Amte, und gründlich hatte er sich seither ausgekostet über seine Stellung zu der durchaus veränderten Parteienstellung. Nun mußte er wohl oder übel sein Schweigen brechen. Er eröffnete die Staatsberatung mit einer etwa viertelstündigen Rede, in der er dem Gedanken einer „Sammlung der bürgerlichen Parteien“ Ausdruck gab, wobei er keinen Zweifel darüber ließ, daß er den neuen Block zum Stützpunkt seiner Politik im Parlamente machen will. Herr v. Bethmann-Hollweg befragte in recht naiver Weise die säkularen Parteien und Parteikämpfe, die nach seiner völlig unbegründeten Meinung zur „Stagnation“ führen müßten. Das, was noch hingehört. Aber der neue Kanzler brachte es noch zu einer weit großartigen Redeleistung, indem er die Behauptung aufstellte, daß es in Deutschland niemals eine Parteiregierung gegeben habe und niemals eine solche geben werde. Das sagt derselbe Mann, der durch den Sturz der Bülow'schen Block-Parteiregierung als Diener der schwarzblauen Koalition zum Kanzleramt gelangt. Seit Jahrzehnten haben wir in Preußen-Deutschland ein konservatives Parteiregiment; besonders in Preußen bestimmt die Zentrumspartei in unheilvoller Weise die Geschicke des Volkes. Uebrigens verdient bemerkt zu werden, daß der Reichskanzler es unterließ, auch nur den geringsten direkten Angriff gegen die Sozialdemokratie zu richten. Damit hat er den reaktionären Parteien ganz gewiß keinen Gefallen getan. Sie hatten wohl erwartet, daß der neue leitende Staatsmann eine scharfe Attacke gegen die „Ansturzpartei“ reiten würde. Aber Herr v. Bethmann-Hollweg ist nun einmal der Politiker der „freien Hand“, der Mann des Abwartens. Jedenfalls hat er sich gesagt, daß es geraten sei, einmal erst abzuwarten, was denn die Debatte an Vorstößen gegen die Sozialdemokratie bringen werde. Alles in allem hat der neue Kanzler versucht, sich mit seiner kurzen Rede so gut wie möglich gegenüber den neuen Verhältnissen zu stellen. Nicht die geringste Spur einer Andeutung eines Programms enthält diese Rede, geschweige denn ein Programm selbst. Freilich ist ja die ausdrückliche Darlegung eines solchen ziemlich überflüssig, weiß man doch, daß mit dem Kanzlerwechsel die Regierungsgrundzüge keine Veränderung erfahren haben. Der Sturz bleibt der alte im Fahrwasser der Reaktion. Dürftiger ist wohl noch keine Attacke eines Kanzlers ausgefallen als diese, die zugleich die Jungferrede eines neuen Kanzlers war. Natürlich fand ihr Geist und ihre Tendenz die lebhafteste Unterstützung der Konservativen und des Zentrums, während der sozialdemokratische Redner und die Wortführer der liberalen Parteien sie zur Unterlage scharfer Kritik machten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann vertat sehr scharf und präzise den Standpunkt seiner Partei: sie wird fortfahren, mit größter Entschiedenheit die reaktionäre Regierung, das ganze herrschende System, das reaktionäre Parteiregiment im Volksinteresse zu bekämpfen.

Natürlich wurde in der Debatte sowohl von liberaler wie von sozialdemokratischer Seite die Frage der preussischen Wahlrechtsreform berührt. Aber Herr v. Bethmann-Hollweg reagierte darauf nicht; er folgte dem Beispiel seines Vorgängers; indem er sich hinter den Vorwand verschante, das sei eine spezifisch preussische Angelegenheit, über die er sich im preussischen Landtage auszusprechen werde. Er erwartete sich damit wiederum den lebhaften Beifall der Rechten.

Die Debatte hat, nachdem sie drei Tage gedauert, noch nicht ihr Ende erreicht; sie wird am nächsten Montag (13. Dezember) fortgesetzt werden.

Die reaktionären Blätter bemühen sich, dem Kanzler Hilfe zu leisten. So schreibt die freikonservative „Post“, daß die „Sammlung der patriotischen Elemente“ nur dann gelingen könne, wenn ihr durch einen kräftigeren, plan-

mäßigsten Kampf gegen den Radikalismus, das heißt gegen die Sozialdemokratie, nachgeholfen werde. Vielleicht wird Herr v. Bethmann-Hollweg im weiteren Verlauf der Debatte noch genötigt sein, sich zu diesen und ähnlichen Rathschlägen zu äußern.

Die Zahl der von den Parteien des Hauses eingebrachten Initiativanträge ist nun auf über hundert gestiegen. Auch sind bereits wieder zahlreiche Petitionen eingegangen, von denen die meisten sozialpolitischen Charakters sind. Unternehmer-Förperschaften kritisieren, natürlich im Unternehmerinteresse, an dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung herum. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammertag, erhebt Einspruch gegen die Einführung der Hinterbliebenenversicherung, wenn die Arbeitgeber zur Zahlung der Hälfte der Beiträge herangezogen werden sollen. Es wird gefordert, daß der seitherige Verteilungsmodus von einem Drittel von Seiten der Unternehmer und zwei Dritteln von Seiten der Arbeiter beibehalten bleibt, um die Arbeitgeber von dieser Mehrbelastung, die sich auf mindestens 50 Millionen Mark für jedes Jahr belaufen dürfte, zu befreien. Zur Begründung wird bemerkt: „Die Arbeiter haben sich jederzeit auf das Schärfste dagegen gestellt, daß sich ihre Arbeitgeber in ihre Privat- und Familienverhältnisse mischen dürfen. Demzufolge sind die letzteren auch nicht verpflichtet, für die Arbeiterfamilien Beiträge in irgendwelcher Form zu zahlen.“ Das ist eine sehr merkwürdige Begründung. Das durchaus berechtigete Bemühen der Arbeiter, die Anmaßung des Unternehmertums zurückzuweisen, sich nach Grundfragen vormalig sozialer Autorität in ihre Privat- und Familienverhältnisse einzumischen, hat mit der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung nicht das geringste zu tun. Hier verpflichtet der Gesetzgeber die Unternehmer zu bestimmten Leistungen im Rahmen einer allgemeinen sozialpolitischen Aufgabe. Weder die bestehenden Versicherungs-Gesetze noch der jetzt in Betracht kommende Entwurf berechtigen oder verpflichten die Unternehmer, sich um die Privat- und Familienverhältnisse ihrer Arbeiter zu kümmern. Der Verband der deutschen Baugewerkschaften-Verzugs-genossenschaften bekämpft in langen Ausführungen den Entwurf der Reichsversicherungsordnung unter dem Gesichtspunkt, daß die Kompetenz der Berufsgenossenschaften, von denen nämlich der Wächter zuwider behauptet wird, daß sie sich „benährt“ haben, nicht eingeschränkt werden dürfe. Deshalb keine Versicherungsämter, die bei der Untersuchung der Anfälle, wie überhaupt bei der Ausführung der Versicherung neben den Berufsgenossenschaften oder unabhängig von diesen mitwirken sollen. Bis jetzt seien die Berufsgenossenschaften „Puffer gegen unzufriedenes Demagogentum“ (1) gewesen; sie würden das nicht mehr sein, wenn die Versicherungsämter kommen! Tatsächlich hat sich das Berufsgenossenschaftswesen als eine mit den berechtigten Interessen der Versicherten unvereinbare Einrichtung erwiesen. Es stellt in seiner jetzigen Art und Verfassung eine förmliche Kampforaganisation des Unternehmertums gegen die Arbeiter dar.

Während die Arbeiterschaft allgemein die Beseitigung der Innungsrankentassen fordert, die keinesfalls aus den Zwecken der Krankenversicherung zu schöpfende Berechtigungen haben, die vielmehr lediglich eine Konzession an die Zünflerei darstellen, verlangt der Verband der Innungsrankentassen zu Berlin, daß diese Kassen im Rahmen der Reichsversicherungsordnung Stärkung und Förderung erfahren. Und das soll vornehmlich mit geschehen durch Beseitigung der freien Hilfskassen als Teil der gesetzlichen Krankenversicherung! Das ist wirklich der Gipfelpunkt zünflerischer Ueberhebung. Zur Begründung leisten sich die Petenten folgende Behauptung: „Durch Parteitaktik (1) werden die freien Hilfskassen überlaufen und die Gewerks-, Orts- und Innungsrankentassen ihrer gesunden Mitglieder beraubt.“ Das ist ordnungspolitisch angehauchte unlautere Konkurrenz, aber doch ein Grund.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland:**
- Maurer:**
- Schleswig-Holstein:**
- Helgoland (Differenzen beim Unternehmern Hagemann);
- Mecklenburg:**
- Goldberg (Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Fründt);
- Brandenburg:**
- Fürstenwalde (Aussperrung);

Ost- und Westpreußen, Posen:
Marienwerder (Sperrre über Spitzitzki);
Königr. Sachsen:
 Leipzig (Sperrre über Winkler, Kleinzschocher, Ecke Miltitzer- und Eythraerstrasse), **Borsdorf** (Sperrre über die Bauten des Unternehmers Wilhelm), **Zittau** (Sperrren über Hinke in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde), **Oberriedersdorf** (Sperrre über den Unternehmer Clemens);
Provinz Sachsen und Anhalt:
 Halle (Sperrre über Ifland in Passendorf);
Thüringen:
 Arnstadt (Sperrre über O. Gressler), **Eisenach-Herleshausen** (Sperrre über Buchenau);
Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen:
 Badbergen, **Lingen** (Streiks), **Nordenham** (Sperrre über die Bauten des Metallwerks), **Buxtehude** (Sperrren über Plieschke und Spark), **Wolfenbüttel** (Sperrre über die Bauten des Unternehmers Tolle);
Westfalen und Rheinland:
 Düsseldorf (Streik in Ratingen);

Isolierer und Steinholzleger:
 Leipzig (Sperrre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), **Berlin** (Sperrren über die Filialen der Duramentwerke, Inhaber Naumann-Dessau, Filiale der Gesellschaft Pama, Hannoversche Steinholzfabrik, ferner über die Firmen bzw. Filialen Grünzweig & Hartmann (Vertr. Brandt), Horn & Taube, Reinhold & Co. (Vertr. Steinbrück), Posnansky & Strelitz, Fritz Taegener, Oertgen & Schulte (Vertr. Frohwein), P. Krause), A. Haake & Co. wegen Massregelung organisierter Kollegen);
Chemnitz (Sperrre über die Firma Ziegner & Fritsche), **Bremen** (Sperrre über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.);

Schweiz:

Winterthur (Streik).

Gau Südb.

Die Unternehmer kennen in der Ausbeutung der Arbeitskraft keine Grenzen. Das zeigt uns wieder einmal ein Fall in **Goldberg**. Der Unternehmer Fr. i. n. d. i. baut jetzt eine Villa auf eigenes Risiko. Damit nun aber der Profit nicht zu gering ausfällt, verlangt er von den Kollegen, daß auch sie sich finanziell (aber ohne jeglichen Anspruch) an dem Unternehmen beteiligen sollten, indem sie morgens und abends je eine Viertelfunde an ihn zu arbeiten sollten. Der Unternehmer schämte sich also keineswegs, gerade jetzt, da der Winter bevorzieht und damit zugleich das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit aufsteigt, die Arbeiter seine Macht fühlen zu lassen. Kategorisch erklärte er den Leuten: "Nicht Ihr das nicht wollt, dann bleibt der Bau liegen!" Und richtig, der Bau bleibt jetzt liegen, nachdem die Kollegen energisch zu ihrem guten Rechte gestanden haben und nicht umsonst arbeiten wollen. Die Entlassung erfolgte denn auch sofort. Da die Kollegen in dieser Handlungsweise eine Maßregelung schlimmster Art erblickten, wurde einstimmig beschlossen, die Sperrre über Fründt zu verhängen. Alle Kollegen werden ersucht, dies zu beachten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Delegiertenwahl zum Verbandstag.

a) Das Ergebnis der Hauptwahl.

Gewählt sind:

Wahl- abteilung	Name des Delegierten	Wohnort des Delegierten
1	Otto Hanke	Berlin
1	Julius Heller	Berlin
1	Wilh. Jäschke	Birsdorf
1	Franz Heidemann	Zempelhof
1	Karl Grauel	Zempelhof
1	Gustav Däumig	Schöneberg
1	Paul Eymannst.	Schöneberg
1	Rudolf Grundmann	Schöneberg
2	Otto Haefe	Berlin
3	Herm. Heise	Berlin
4	Fritz Kirchner	Potsdam
5	Fritz Abraham	Spandau
6	Carl Altmann	Wittenberg
7	August Adam	Zitterbog
8	August Dittroth	Wittenberge
9	Ferd. Müller	Rathenow
10	Ernst Klemm	Wachth.
11	Nich. Krümm	Sonftenberg
12	Bernh. Heil	Sorau
13	Gust. Schulz	Frankfurt a. d. O.
14	Paul Gierisch	Landsberg a. d. W.
15	Wih. Biedt	Estřirn
16	Karl Wolf	Grafsee
17	Wih. Popfa	Pofen
18	Wih. Schulz	Pofen
19	Aug. Borgmann	Bremen
20	Franz Martin	Bremen
21	Hof.	Bremerhaven
22	Friedr. Blum	Emden
23	Karl Ahrendt	Nordenham
24	Amand. Rabe	Wedesahl
25	C. Brüggenmann	Wilmshausen
26	Wih. Starf	Breslau
27	H. Bialas	Neisterwitz
28	Karl Sudrich	Freystadt
29	Hof. Bogumile	Brieg
30	Berth. Hartmann	Oberhermsdorf
31	Karl Nibel	Langenfelau
32	W. Nau	Barmen

Wahl- abteilung	Name des Delegierten	Wohnort des Delegierten
41	Rud. Ifland	Cöln
42	Rud. Wundran	Cöln
43	Steph. Jürgen	Düsseldorf
44	Joh. Dabor	Crefeld
45	Br. Jandren	Bromberg
46	Fr. Kriese	Königsberg
47	Aug. Budrai	Zittau
48	Th. Blendowski	Graudenz
49	Händ. Koch	Elbing
50	Joh. Jac.	Marienburg
51	Fr. Stiller	Baden a. d. Ruhr
52	Joh. Klein	Dortmund
53	Karl Wolf	Essen
54	Karl Humold	Gelsenkirchen
55	Mag. Seydewitz	Hagen
56	Heim. Wendler	Berne
57	Joh. Werner	Oberhausen
58	Wih. Peters	Münster
59	Fr. Barth	Münster
60	Karl Krümer	Münster
61	Aug. Krauwitzke	Münster
62	Herm. Lehmann	Münster
63	Max Richter	Münster
64	M. Trojch	Münster
65	Herm. Herr	Münster
66	Aug. Perling	Münster
67	Hof. Hofa	Münster
68	Hof. Rothe	Münster
69	Wih. Meyer	Münster
70	R. Herrmann	Münster
71	W. Wolf	Münster
72	H. Köhler	Münster
73	Wih. Leube	Münster
74	Ufr. Herder	Münster
75	Bernh. Baudler	Münster
76	Wih. Müller	Münster
77	Ant. Klupisch	Münster
78	Karl Junglaus	Münster
79	Wih. Schneider	Münster
80	Adam Herrmann	Münster
81	Joh. Lübbing	Münster
82	Wih. Pfeiffer	Münster
83	Wih. Pfeiffer	Münster
84	Wih. Ehn. H.	Münster
85	G. Semmer	Münster
86	Rud. Bohmer	Münster
87	Emil Müller	Münster
88	Max Hoer	Münster
89	Herm. Harig	Münster
90	Ernst Hof	Münster
91	Herm. Kirchsche	Münster
92	Herm. Werner	Münster
93	Osw. Holz	Münster
94	Fritz Hartwig	Münster
95	Wih. Haase	Münster
96	Wih. Harns	Münster
97	Fritz Hüner	Münster
98	H. Schlicher	Münster
99	Herm. Meißner	Münster
100	Fritz Hilan	Münster
101	Johs. Behr.	Münster
102	Karl Schilling	Münster
103	G. Jessel	Münster
104	G. Hildebrandt	Münster
105	P. Schlüter	Münster
106	Karl Schulze	Münster
107	W. Haase	Münster
108	H. Althof	Münster
109	Fritz Niemeier	Münster
110	F. Lumbinger	Münster
111	Ludwig Ode	Münster
112	Wih. Sander	Münster
113	G. Goldbach	Münster
114	Ludwig Martin	Münster
115	Joh. Andiel	Münster
116	Emil Laube	Münster
117	G. Schmidt	Münster
118	W. Kruse	Münster
119	Carl Deege	Münster
120	E. Höber	Münster
121	Fr. Bauerfeld	Münster
122	R. Wehlstädt	Münster
123	Herm. Busch	Münster
124	Nich. Junold	Münster
125	Herm. Zettel	Münster
126	Ufr. Heilmann	Münster
127	Nich. Böttger	Münster
128	H. Schmidt	Münster
129	Herm. Fischer	Münster
130	Herm. Eichhorn	Münster
131	Bruno Thieme	Münster
132	Albin Schubert	Münster
133	Max Wilmer	Münster
134	Nich. Jacob	Münster
135	Otto Seifert	Münster
136	Karl Hinfleib	Münster
137	Aug. Winter	Münster
138	H. Kleinfeld	Münster
139	W. Heimer	Münster
140	Franz Wulff	Münster
141	W. Schröder	Münster
142	Otto Richter	Münster
143	Hermann Könnig	Münster
144	Wih. Bravenau	Münster
145	R. Böttcher	Münster
146	Friedr. Schmöhl jun.	Münster
147	Gott. Arendt	Münster
148	Franz Finf	Münster
149	Karl Ritter	Münster
150	Heim. Schrader	Münster
151	Herm. Went	Münster
152	Karl Dittmar	Münster

* Vier Delegierte sind durch Stichwahl zu wählen.

Wahl- abteilung	Name des Delegierten	Wohnort des Delegierten
163	Peter Weihsrauch	Heidelberg
164	W. Hill	Darlingen
165	H. Dec	Mörfch
166	Karl Krug	Mannheim
167	H. Janion	Oppau
168	Wih. Bernhard	Pforzheim
169	M. Ulrich	Rugsburg
170	Franz Schäfer	München
171	Wih. Meißner	München
172	Joh. Gräßl	München
173	S. Ipsflammer	München
174	Seb. Stolz	München
175	Joh. Steig	München
176	Joh. Ziegler	München
177	Joh. Weidlich	München
178	Herm. Engler	München
179	Jac. Körner	München
180	Urb. Engelhardt	München
181	R. Dieb	München
182	Joh. Benedik	München
183	Ant. Stanke	München
184	Joh. Proste	München
185	Franz Witt	München
186	H. Penf	München
187	E. Hardie	München
188	Aug. Weder	München
189	Herm. Albrecht	München
190	E. Tejmer	München
191	Joh. Wergener	München
192	J. Scheidt	München
193	D. Stiehl	München
194	Franz Krufe	München

b) Stichwahlen

haben stattzufinden in den Wahlabteilungen 2, 6, 7, 12, 15, 20, 21, 22, 29, 36, 44, 46, 49, 55, 62, 78, 79 in 4 Unterabteilungen, 81, 96, 97, 102, 103, 117, 118, 127, 132, 135, 136, 139, 140, 142, 144, 146, 149, 155, 167, 169, 173, 174, 179, 190, 192, 193, 198 und 200.

2. Wahlabteilung: Wih. Lehmann 17, Dietrich 29, Walter 36, Ferd. Lehmann 61, Dautert 80 Stimmen. Stichwahl zwischen **Cito Walter-Falkenwade** und **Ferd. Lehmann-Kaltberge-Hüdersdorf**.

6. Wahlabteilung: Kluth 48, Köppe 2, Genfide 47, Zerplittert 5 Stimmen. Stichwahl zwischen **Kluth-Brandenburg** und **Genfide-Werder**.

7. Wahlabteilung: Wih. Barth 78, H. Grünberg 48, Fritz Wenz 101 Stimmen. Stichwahl zwischen **Barth-Lehmann** und **Wenz-Caputh**.

12. Wahlabteilung: H. Böttner 60, R. Schwegel 48, W. Mersch 48, zerplittert 20 Stimmen. Der Verbandsausschuss hat anzukommen, ob Mersch oder Schwegel mit Böttner in die Stichwahl kommt.

15. Wahlabteilung: Paul Maratsch 29, Karl Kenger 25, G. Mademacher 23, zerplittert 2 Stimmen. Stichwahl zwischen **Kenger** und **Maratsch**, beide in Spremberg.

20. Wahlabteilung: E. Bönig 50, R. Dabbe 50, Karl Schneider 25, F. Peter 81, zerplittert 27 Stimmen. Stichwahl zwischen **Karl Dabbe-Plattow** und **Herm. Peter-Strausberg**.

21. Wahlabteilung: W. Städte 50, R. Kopp 37, R. Ellwanger 19, zerplittert 37 Stimmen. Stichwahl zwischen **Wih. Städte-Gr.-Neuendorf** und **Karl Kopp-Schwedt**.

22. Wahlabteilung: H. Stöcker 61, G. Lehmann 21, H. Wittig 47 Stimmen. Stichwahl zwischen **Hofsch Stöcker-Eberswalde** und **Hermann Wittig-Behrend**.

29. Wahlabteilung: C. Jakob 51, D. Witt 34, E. Westphal 32, zerplittert 11 Stimmen. Stichwahl zwischen **Carl Jakob** und **Cito Witt**, beide in Osnaabrück.

36. Wahlabteilung: H. Münchberger 32, H. Jengler 17, R. Henkel 23, R. Scholz 42, zerplittert 17 Stimmen. Stichwahl zwischen **Karl Scholz-Treblich** und **H. Münchberger-Schottlich**.

44. Wahlabteilung: H. Heimbacher 33, F. Wende 35, H. Wortmann 42, zerplittert 12 Stimmen. Stichwahl zwischen **Franz Wende-Eiegen** und **H. Wortmann-Sölingen**.

46. Wahlabteilung: G. Adam 48, Aug. Dresden 48, H. Gerdel 25 Stimmen. Stichwahl zwischen **G. Adam** und **Aug. Dresden**, beide in Danzig.

49. Wahlabteilung: F. Witt 71, G. Zulewski 53, G. Altwie 31, F. Pasche 51, zerplittert 15 Stimmen. Stichwahl zwischen **Fritz Witt-Gumbinnen** und **Gustav Zulewski-Merode**.

55. Wahlabteilung: R. Müller 32, G. Behrend 61, W. Görres 33, zerplittert 55 Stimmen. Stichwahl zwischen **Karl Müller** und **Heinrich Behrend**, beide in Duisburg.

62. Wahlabteilung: H. Schmidt 42, F. Peter 51, M. Weigel 58 Stimmen. Stichwahl zwischen **Friedrich Peter-Witten** und **Michael Weigel-Lüdenscheid**.

78. Wahlabteilung: H. Delp 143, W. Bullmann 87, zerplittert 69 Stimmen. Stichwahl zwischen **Heinrich Delp**, **Darinsdorf** und **W. Bullmann-Gr.-Zimmern**.

79. Wahlabteilung: H. Bezirk 8, Boos 508, A. Lorenz 364, H. Marth 317, H. Schlapp 297 Stimmen. Stichwahl zwischen **Konrad Boos-Langen** und **August Lorenz-Gr.-Hauhen**.

79. Wahlabteilung: III. Bezirk, H. Dachmann 656, B. Fleming 126, F. Grindel 100, G. Lehr III 421, M. Mac 172 Stimmen. Stichwahl zwischen **Nikolaus Dachmann-Offenbach a. M.** und **Georg Lehr III-Dieffenbach**.

79. Wahlabteilung: IV. Bezirk, H. Goldacker 648, U. Klein 141, G. Nieß 295, W. Schäfer 249, W. Senel 138 Stimmen. Stichwahl zwischen **Wilhelm Goldacker-Marx** **töbel** und **Heinrich Nieß-Göschl a. d. Rieder**.

79. Wahlabteilung: V. Bezirk, H. Burt 147, J. Denfeld 114, W. Payer 58, F. Rühl 317, S. Schwarz 512, Chr. Schürmeß 338 Stimmen. Stichwahl zwischen **Konrad Schwarz-Bibel** und **Christian Schürmeß-Oberhörsdorf**.

81. Wahlabteilung: F. Barth 204, G. Fröhler 136, U. Richtig 111 Stimmen. Stichwahl zwischen **Johann Barth-Main** und **Georg Fröhler-Bresheim**.

- 96. Wahlabteilung: A. Andersen 57, S. Jensen 60, S. Mönna 88, zerplittert 11 Stimmen. Stichwahl zwischen Fern. Jensen-Sonderburg und Heinrich Mönna-Heide.
- 97. Wahlabteilung: S. Steen 99, S. Müller 63, G. Sumpfen 89, zerplittert 21 Stimmen. Stichwahl zwischen S. Müller-Marne und S. Steen-Heide.
- 102. Wahlabteilung: R. Weniger 84, F. Vertman 49, A. Delert 67 Stimmen. Stichwahl zwischen August Delert-Gurgovan und Karl Weniger-Harburg.
- 103. Wahlabteilung: G. Schwarz 54, Klaus 37, M. Thielwald 68, zerplittert 87 Stimmen. Stichwahl zwischen Carl Schwarz-Lübtheim und Wihl. Thielwald-Wittenburg.
- 117. Wahlabteilung: M. Vöhr 37, R. Ziegenbein 93, S. Steinmann 64, zerplittert 4 Stimmen. Stichwahl zwischen Karl Ziegenbein-Deimold und Hans Steinmann-Herford.
- 118. Wahlabteilung: M. Uge 68, R. Kreter 32, S. Mühlberg 22, zerplittert 16 Stimmen. Stichwahl zwischen Karl Kreter-Partofelbe und Wihl. Uge-Pasfelde.
- 127. Wahlabteilung: Nob. Dietel 20, Eug. Strunz 60, D. Hessel 15, M. Maicher 12, zerplittert 31 Stimmen. Stichwahl zwischen Nob. Dietel-Egger und Eug. Strunz-Griz.
- 132. Wahlabteilung: G. Wolf 32, S. Ruffloff 26, Pechol 20, zerplit. 21 Stimmen. Stichwahl zwischen G. Wolf-Mittweide und Fern. Ruffloff-Höfä.
- 135. Wahlabteilung: R. Klingner 61, S. Wohlbe 71, D. Ubbi 44 Stimmen. Stichwahl zwischen Ric. Klingner-Leisnig und Fern. Wohlbe-Grimma.
- 136. Wahlabteilung: S. Kübel 50, G. Buskamp 37, auf sieben Kandidaten zerplit. 46 Stimmen. Stichwahl zwischen Hugo Kübel-Vorna und G. Buskamp-Lauda.
- 139. Wahlabteilung: L. Schönfeld 21, H. Böttcher 77, D. Rau 127, D. Reich 32 Stimmen. Stichwahl zwischen Otto Rau-Weißelstein und Hermann Böttcher-Ludena.
- 140. Wahlabteilung: Th. Albrecht 34, F. Kleine 37, G. Pfand 28, zerplittert 6 Stimmen. Stichwahl zwischen Th. Albrecht-Aligen und G. Pfand-Marktstraße.
- 142. Wahlabteilung: J. Galle 51, F. Dorhoff 14, auf sechs Kandidaten zerplittert 41 Stimmen. Stichwahl zwischen Julius Galle und F. Dorhoff, beide in Scheibitz.
- 144. Wahlabteilung: H. Mediger 56, R. Rudloff 30, R. Schöhl 20, zerplittert 24 Stimmen. Stichwahl zwischen H. Mediger-Diben und Karl Rudloff-Kemding.
- 146. Wahlabteilung: R. Petersen 70, J. Schacht 38, S. Hoeger 50 Stimmen. Stichwahl zwischen R. Petersen-Cylin und S. Hoeger-Hämsel.
- 149. Wahlabteilung: W. Müller 62, P. Weber 84, G. Holst 65, B. Vogt 46, J. Kollmann 4 Stimmen. Stichwahl zwischen Gust. Holst-Schwertm. und Paul Weber-Gagebusch.
- 155. Wahlabteilung: M. Hammer 39, G. Reichardt 43, S. Langens 30, zerplittert 14 Stimmen. Stichwahl zwischen Max Hammer-Salgwedel und Fern. Reichardt-Glöse.
- 167. Wahlabteilung: L. Korber 55, G. Rothweiler 49, Müller 36, Bel 24, zerplittert 19 Stimmen. Stichwahl zwischen G. Rothweiler-Freiburg und Leo. Korber-Löh.
- 169. Wahlabteilung: L. Raab 82, G. Schweiger 57, J. Wolf 55, zerplittert 49 Stimmen. Stichwahl zwischen L. Raab-Worms und G. Schweiger-Schwelgen.
- 173. Wahlabteilung: J. Schwab 25, A. Dorweg 23, zerplittert 12 Stimmen. Stichwahl zwischen Jof. Schwab-Mittling und A. Dorweg-Landsbut.
- 174. Wahlabteilung: G. Moll 66, J. Bergmann 44, L. Appel 104, J. Geyer 27, J. Niedermeier 40, Albrecht 1 Stimme. Stichwahl zwischen Jof. Bergmann-Friedrichsfeldbruch und Lud. Appel-Ingolstadt.
- 179. Wahlabteilung: G. Hofmann 24, J. Herms 27, zerplittert 28 Stimmen. Stichwahl zwischen G. Hofmann-Bayreuth und J. Herms-Herzogenaurach.
- 190. Wahlabteilung: J. Leffendorf 21, R. Kempf 14, F. Kiegnann 22, M. Kanak 16, Stichwahl zwischen Jof. Leffendorf-Alt-Damm und Franz Kiegnann-Gollnow.
- 192. Wahlabteilung: P. Kiel 50, G. Lange 68, D. Bittelow 84, zerplittert 23 Stimmen. Stichwahl zwischen G. Lange-Golberg und Otto Bittelow-Görsch.
- 193. Wahlabteilung: L. Nemert 32, J. Schmitt 20, G. Straub 17, Stichwahl zwischen L. Nemert und Jof. Schmitt, beide in Straburg.
- 194. Wahlabteilung: J. Kircher 59, R. Kraft 100, J. Zimmermann 50, zerplittert 9 Stimmen. Stichwahl zwischen Karl Kraft und Jakob Kircher, beide in Heilbronn.
- 200. Wahlabteilung (Hiesiger): H. Abel 93, P. Esser 47, Giphold 39, Scheidinger 44, zerplittert 8 Stimmen. Stichwahl zwischen Hubert Abel-Eben und Peter Esser-Göln.

Verbandskalender. Die in der letzten Woche eingegangenen Bestellungen können nicht mehr ausgeführt werden, da die Auflage vergriffen ist. Für eine zweite Auflage reichen die vorliegenden Bestellungen nicht aus.

An die Vorkände der Zweigvereine. Am 17. Dezember sind den Zweigvereinen zugestellt worden:

- a) Zwei Abrechnungsformulare zur Aufstellung der Abrechnung für das vierte Quartal (Oktober, November, Dezember) 1909.
 - b) Zwei Jahresberichtsformulare.
 - c) Zwei Postanweisungen.
 - d) Zwei Protokollformulare für Uebergabe der Kassen-geschäfte usw.
 - e) Ethie-Aufnahmefliste.
 - f) Ein Verzeichnis der Ausgeschlossenen im dritten und vierten Quartal.
 - g) Ein Formular zur Anmeldung der neu gewählten Verwaltungsberechtigten usw.
 - h) Ein Formular IV, betreffend Krankenunterstützung.
 - i) Zwei Formulare II für die Arbeitslosenzählung.
- Für Vereine, die Krankenunterstützung auszusprechen haben, liegt außerdem eine Auszahlungsliste bei.
- Die Sendung ist diesmal aus bestimmten Gründen an die Zweigvereine zu richten gerichtet worden. Wo die Druckfäden bis zum 20. Dezember nicht eingetroffen sind, wolle man uns sofort davon Mitteilung machen.

Zweigvereine, wo bereits alle Mitglieder ihren Beitrag für dies Jahr voll bezahlt haben, werden dringend ersucht, die Abrechnungen schon vor dem 1. Januar aufzustellen und einzusenden.

Sterbepfand darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
 - b) die Sterbepfand.
- Anßerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 6. bis 11. Dezember für folgende Mitglieder erteilt:

R. Knörnschilde-Dresden, Verb.-Nr. 18 950; Th. Gruber-Nürnberg, 112 104; M. Brunner-Nürnberg, 91 934; A. Andersen-Löbden, 104 387; M. Weste-Geslinthen, 56 536; J. Biele-Warth, 199 684; A. Hahn-Glogau, 71 953; F. Hornmann-Beipzig, 158 955; A. Schumann-Gommern, 72 764; J. Schaffner-Nürnberg (Frau), 368 171; Aug. Schöndel-Straburg i. d. Ldern. (Frau), 102 834; J. Sechenthaler-Wibling (Frau), 277 968; W. Frey-Reichenbach i. B. (Frau), 96 475; Chr. Huber-Mannheim (Frau), 317 981; Fr. Olscher-Hohenstein (Frau), 252 173; W. Wächter-Vergin (Frau), 1513; F. Hofmann-Franfurt a. M. (Frau), 77 986; Ph. Dies-Franfurt a. M., 20 185; Ludw. Oberst-Karlsruhe, 288 735; Fern. Seem-Marie, 473 452; Karl Schönlage-Barmh, 52 443; Frdr. Müller-Erfurt, 67 191; Frdr. Dreiling-Geslinthen (Frau), 301 081; K. Günther-Göln, 61 059; Mart. Werner-Dresden (Frau), 329 666; A. Spangenberg-Magdeburg (Frau), 41 776.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Rosenbüchlerhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 7. bis 12. Dezember 1909 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
 - Altendorf A. 400, Ahrensböck 291,40, Bamberg 13,75, Bromberg 800, Braunschweig 800, Chemnitz 600, Dortmund 1600, Eichenau 300, Eising 353, Erfurt 200, Gadebusch 100, Gießenhaiden 100, Gießrow 100, Glanach 200, Hildesheim 300, Hannover 3000, Heideberg 800, Hainau 3,90, Heme 800, Heia 500, Herrach 100, Lauda 20, Lindow 8,40, Merseburg 300, Nürnberg 96,55, Ritzschhausen 400, Reichenhald 200, Soltan 3,30, Straburg i. Elb. 800, Speyer 500, Schleswig 100, Thunau 129,35, Uterien 200, Vogelz. 500, Wittenberg 200, Weisenfels 300, Wich 300, Wolfen 100; vom Streif zurückgehandl.: Giech (Weglar) A. 23,56, Walsrode 34,05.
- b) Für Kalender.
 - Chemnitz A. 200, Gießrow 7,50, Speyer 12,50, Weida 13,50, Weisenfels 5, Zeitz 30.
- c) Für Anzeigen im „Grundstein“.
 - Barmen A. 2,40, Eising -45, Hainau 3,80, Konstantz 3, Eising 1,50, München 2,90.

Nicht vorlesen genehmigt sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Otto Staat-Ahrensböck (Verb.-Nr. 214 262), Franz Paul-Berlin (110 881), W. Schmidt-Dresden (254 948), Jac. Schöffner-Bremen (14 638), G. Walrafen-Waden (361 844), Jac. Schiffer-Göln (308 729), Fern. Stephan-Kaiserlautern (261 650), Ludw. Tischer-Vöckum (498 818), Gustav Neger-Vöckum (418 977), Ph. Wihalla-Verden (369 998), J. B. Steinle-Dieken (365 082), Fr. Gopodar-Sandau (213 151), G. Knippenhals-Cassel (130 982), Ad. Grunl-Stahfurt (128 303), Karl Hedde-Hannover (119 438); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Verb. Bod-Bremen (1795), Jac. Conrad-Düsseldorf (2874), Wihl. Märjch-Göln (2571).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Cheringau: Gehr. Arnold (Verb.-Nr. 437 042); A. H. Beck: August Umbdritter (34 501); Kollin: Paul Gieserich (16 748); G. H. a. b. Saale: Friedrich Beyer (041 312); A. H. u. b. Mag. Benzin (380 255); P. H. u. b. u. Anselm Goldmann (11 993); S. a. u. b. e. d. e. L. u. d. i. g. e. l. e. (283 059); Frig. Heier (184 976); Leipzig: Gustav Kühn (384 353), Bruno Krichmar (404 520).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Verichtigung. In Nr. 48 des „Grundstein“ sind infolge eines Verlebens die Kollegen Arthur Kühn (Verb.-Nr. 383 870) und Richard Zimmermann (492 064) zu unrecht als vom Zweigverein Leipzig ausgeschlossen, bekanntgegeben worden.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen bezu. um Angabe ihrer Adresse werden erucht vom Zweigverein Bamberg: G. Niemes, geboren zu Worms (Verb.-Nr. 34 546); Bamberg: Ludwig Haberlein, geboren am 28. August 1863 zu Kitzingen; Essen: Rothhausen: Gust. Dietrich, geboren am 27. August 1883 zu Rhöde (326 651). Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Zur Beachtung. Der Verlag des „Grundstein“ läßt auch in diesem Jahre Einbände und Einbanddecken für den abgelaufenen Jahrgang herstellen. Damit wir wissen, wieviel anzufertigen sind, müssen die Bestellungen jetzt gleich

abgegeben werden. Das gleiche gilt für das Jahrgangsverzeichnis; auch davon müssen wir die Bestellungen haben, um die Auflage bestimmen zu können.

Wir bitten, diesen Hinweis zu beachten; andernfalls ist es nicht unsere Schuld, wenn wir zu spät gedruckte Wünsche nicht erfüllen können.

Der Verlag des „Grundstein“.

Dortmund. (Zahlstelle Barop.) In einer am 4. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung gab Kollege Gausler einen kurzen Bericht von den Verhandlungen in Berlin. Leider scheinen viele unserer Kollegen den Ernst der Situation noch nicht begriffen zu haben; denn von den 50 Mitgliedern sind zumzeit nur 10 bis 15 in den Versammlungen anwesend. Dazu kommen dann noch die ständigen Abgänger, so daß fast keine Versammlung einen ruhigen Verlauf nimmt. Es ist an der Zeit, daß hierin eine Veränderung eintritt. Zum Frühjahr müssen auch die hiesigen Kollegen einig und geschlossen bestehen, um die uns bevorstehenden Kämpfe siegreich bestehen zu können.

Salle a. d. S. Die außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins Salle a. d. S. am 23. November eröfnete in würdiger Weise das Andenken der verstorbenen Kollegen Franz Schödel, Friedrich Wierbach und Otto Künze. Der Kollege Wetter, der trotz Verarmung arbeitswillig geworden ist, wurde ausgeschlossen. Dann nahm die Versammlung Stellung zum Verbandsstages. Kollege Köhler stellte den Antrag, daß die Gausler-Vorsitzenden auf dem Verbandsstages nur beratende Stimme haben sollten. Es wurde von mehreren Rednern darauf hingewiesen, daß dieser Antrag alles andere als eine berechnete Forderung ist. Wenn man den Kollegen, die man zu Führern der Organisation gewählt hat, und die doch mit der Taktik des Verbandes und überhaupt mit allen Fragen auf gemeinschaftlichem Gebiet auf das Beste vertraut sind, das Recht nehmen will, mit zu entscheiden, wenn es sich um das Wohl und Wehe des Verbandes handelt, so liegt das nicht in unserem Interesse. Man soll doch zu den Führern das Vertrauen haben, daß sie nur das Beste der Organisation wollen, und nicht, wie man aus dem Antrag entnehmen könnte, den Interessen der Mitglieder entgegenarbeiten. Der Antrag wurde trotz dieser Gegenstände angenommen. Der Antrag des Kollegen Wolf, die arbeitslosen Kollegen von der Zahlung des Beitrags zu befreien, fand allgemeine Zustimmung. Kollege Köhler wies darauf hin, daß schon einige Zweigvereine den Beitrag der Arbeitslosen aus der Kassafrage zahlen. Es wurde jedoch von allen Rednern gefordert, daß die Hauptlasten den Ausfall an Beiträgen selbst tragen soll, da die meisten Zweigvereine überhaupt nicht in der Lage sind, ihn aus Mitteln der Kassafrage zu decken. Wiewohl dies ein ja immer Verbandsgegner. Der Antrag wurde gleichfalls angenommen. Kollege Köhler äußerte noch den Wunsch, die Reiseunterstützung auf das ganze Jahr auszuweiten, was Kollege Dege mit Recht als unerfüllbar bezeichnete. Er machte darauf aufmerksam, daß die arbeitslosen Kollegen doch ebenfalls keine Unterstützung erhalten, und daß wir das Geld, da uns die Unternehmung immer scharfer entgegenzutreten, zum Kampfe aufzusparen sollten. Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandsstages wies der Vorsitzende darauf hin, daß der kommende Verbandsstages von ganz besonderer Bedeutung sei. Es handle sich für die Delegierten nicht nur darum, die etwaigen Anträge zu begründen, sondern es ständen zwei sehr wichtige Punkte zur Verhandlung: die nächstjährige Lohnbewegung und die Verschmelzungsfrage, die wohl am besten von den Kollegen beurteilt werden könnten, die die Verhältnisse kennen. Gewählt wurden die Kollegen Köhler und Dege. Der Bildung einer Zentralbibliothek, die noch mehrmals auf der Tagesordnung stand, da uns nunmehr die Höhe der Beitragsleistung, pro Mitglied und Jahr 8 A., mitgeteilt war, wurde gestimmt.

Solmsmünden. Der Übermut unserer Unternehmer und ihrer Hundesellen steigt, je näher der Winter kommt. Man will jetzt kein Mitleiden an den organisierten Arbeitern fühlen. Bei dem ersten Frost Mitte November machte auf dem Bau des Rasthufweims die Arbeit eingestellt werden. Einige Tage später konnten jedoch die „Lieblinge“ wieder anfangen, das sind die Streiftreiber, die beim letzten Streif gegen ihre Kollegen auf der Seite der Unternehmer standen. Als die organisierten Kollegen dann fragten, ob nicht auch sie wieder anfangen könnten, wurden sie abgewiesen, obwohl es das schönste Baunwetter ist. Der Techniker Blom fragte gar einen Kollegen, der ihm Vorhalte wegen der unregelmäßigen Beschäftigung machte, ob er denn bereit sei. Es trifft auch hier zu, je magerer der Hund, desto mehr Fische. Solch ein Techniker glaubt wunder was er wäre. Und sobald er einmal ein paar Wochen ohne Verdienst ist, guckt auch ihn der Hunger aus allen Knopflöchern.

Kolzig. Unsere Versammlung am 6. Dezember war von 29 Kollegen besucht. Bei der Delegiertenwahl wurden sämtliche Stimmen für Hermann Gortis aus Oebelberrsdorf abgegeben. Die Debatte über die Verschmelzung schloß damit, daß sich hiesige Kollegen für diese erklärten. Am 19. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet die nächste Mitgliederversammlung statt, in der Gausler Kollege Kupke als Referent anwesend sein wird. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung recht vollzählig zu erscheinen. Mögen auch die säumigen Kollegen, die es sonst nicht für nötig halten, in die Versammlungen zu gehen, diese Worte beherzigen.

Randsberg a. d. W. Unsere gut besuchte Versammlung am 6. Dezember befaßte sich mit dem Statutenentwurf. Nach einer lebhaften Debatte stimmten die Kollegen dem Statutenentwurf im allgemeinen mit großer Mehrheit zu. Bei der Vorstandswahl wurde Paul Gierich wieder erster Vorsitzender und P. Boller erster Kassierer. Um den durch den Wahlkampf stark mitgenommenen Finanzier der Partei etwas aufzubereiten, wurden A. 50 aus der Kassafrage bewilligt. Der Auforderung des Vorsitzenden

zum Eintritt in die politische Organisation kamen auch gleich wieder einige Kollegen nach.

Nordhausen. Bei der Firma Maxin & Kunkel, die schon des öfteren von unserer Organisation gepörrt worden mußte, scheitern neuerdings wieder eigentümliche Versäumnisse Platz zu greifen. Insbesondere ist es der Kolier Klaus, der durch fortgesetztes Schikanieren unsere Kollegen gegen sich aufbringt. Die Kollegen beschwerten sich beim Geschäftsführer, aber alles half nichts. Letzte Woche geriet er mit einem Kollegen in Streit, der in Zerknirschtheit ausartete. Unser Kollege zog den kürzeren und wurde noch obendrein entlassen. Worte wie: „Der von Euch Hundem nicht geht, der wird rausgeschmissen“, sollen auf der Baustelle keine sein. Wir können dem Kolier Klaus nur raten, sich auf sich selbst zu verlassen und von seinem Unwesen abzulassen. Dies liegt mindestens ebenso sehr in seinem Interesse, wie in dem seiner Gefellen.

Birna. In unserer von 55 Mitgliedern besuchten Versammlung am 28. November erkrankte Kollege Herr den Kassenbericht. Die Kassenkasse hatte eine Einnahme von M 2482,25, die Lokalkasse eine Einnahme von M 5384,53 und eine Ausgabe von M 783,29, sie hat also einen Bestand von M 4601,24. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalsabschluss 482. Geworben ist ein Kollege, dessen Namen man durch Erheben von den Wägen erfuhr. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Verbandstage, wozu mehrere Urträge angenommen wurden. Als Delegierter wurde Kollege Herr gewählt. Unter „Gewerkschaftliches“ entspann sich noch eine Debatte über die Vertragsvorsätze des Unternehmerbundes; im übrigen bewilligte man einem schon länger kranken Mitglieder M 20 Unterstützung und für die Wärmehaube eine Beihilfe von M 60. Allgemein wünschte man einen besseren Versammlungsbesuch der auswärtig wohnenden Kollegen.

Berlin. Gar leicht kann ein Arbeiter in den Verdacht kommen, ein Dieb zu sein. Das mußte kürzlich einige Verbandsmitglieder auf dem Bau des Unternehmers Hansen zu ihrem Schaden erfahren. Sie arbeiteten dort mit einigen Unorganisierten zusammen, die im letzten Sommer Streikbrüderdienste bei Hansen leisteten. Eines morgens konnte der Streikbruder Emil Splinter sein Gewehr, Hammer und Keile finden. Selbstverständlich legte sich der Verdacht gleich auf unsere Kollegen, und Hansen gab wütendend den drei Organisierten auf, das Gewehr wieder zur Stelle zu schaffen, sonst würde er sie entlassen. Da die drei von dem Gewehr nichts wußten, so bekamen sie wirklich Feuerabend. Doch das war noch nicht genug für den großen Hansen und seine Streikbrüder; sie zeigten den „Diebstahl“ auch noch bei der Polizei an, und die drei Kollegen mußten sich eine Hausdurchsuchung gefallen lassen, die freilich nichts zutage förderte. Damit war vorläufig Ruhe, aber unsere Kollegen galten doch als Diebe. Jedoch nach fünf Tagen kam ein ummal daran, die Wunde aufzuklären, und da fand man zwischen dem mangelhaften Gewehr und dem angeblich gestohlenen Handwerkszeug. Musje Splinter, ein Bummelant, hatte es selbst dorthin geworfen und es nicht wiederfinden können. Die drei Entlassenen werden jetzt dem Hansen und seinen Streikbrüchern zeigen, daß sie sich nicht unschuldig von ihnen beschimpfen und schädigen lassen.

Schwetzingen. In unserer Versammlung am 4. Dezember berichtete Kollege Horter über die in Berlin geführten Verhandlungen mit den Unternehmern. Zu der danach diskutierten Frage, ob wir unseren Vertrag kündigen sollten oder nicht, wurde beschlossen, ihn nicht zu kündigen. Danach berichtete Kollege Köhl über die beantragte Vertragsverhinderung im Generalkonferenzartikel. Sie wurde abgelehnt, da unsere Lokalkassengelder für die drohenden Kämpfe aufgespart werden müssen.

Strasburg i. Westph. In unserer Versammlung am 8. Dezember sprach Kollege Wendowski aus Graubund über: „Die Kriegserklärung des Unternehmerbundes“, wobei er besonders den geplanten Arbeitsnachweis und die Lohnfestsetzung für „künftige“ Maurer usw. scharf kritisierte. Nicht wir, sondern die Unternehmer sollen auf Granit setzen, wenn sie uns solches Joch auferlegen wollen. Zum Schluß wies Wendowski auf das Vorbild hin, das uns die schwebischen Arbeiter mit ihrem Kampf gegeben haben; gegen solche Ausdauer und solchen Opfermut sollten die Unternehmer nur erst einmal antreten. Nach Erledigung Heinezer Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Stuttgart. Vom Kollegen Ruff erhalten wir eine Verächtigung zu dem Bericht in der vorigen Nummer. Mit dem Abdruck wäre keinem, auch nicht dem Kollegen Ruff gedient; er verteidigt seine Auffassung über die stattgefundene Delegiertenwahl, doch er wird sich mit seinen Beschwerden an die richtige Stelle wenden müssen, in den „Grundstein“ gehören sie nicht. Von seiner Attade auf den Platz der Verammlungsleitung erwañt er nichts, es wird also wahr sein, was darüber geschrieben worden ist. Das ist aber Grund genug für uns, seine Einwendungen als gänzlich unberechtigt zurückzuweisen.

Ein Kleinstadtidyll.

In Müllersburg i. Pommern, eine Stadt mit 5000 Einwohnern, der Sitz einer Ludfabrik und Wollspinnerei, Kreisstadt des gleichnamigen, unter der Herrschaft der Ritterschaft stehenden Landkreises, Standort eines Wismardebenthalms, dem die Fußleinker einmahl eine Schnapsstafette um den Hals geknigt, einmal in die auf den Stöbel gestützten vorgestreckten Hände gegeben, ist Eisenbahnstoppentpunkt geworden. Die Grundbesitzer konnten durch die hohen Zölle ihren Kredit verbessern, und die Einführung besserer Wirtschaftsweise bedingte mannde Neubauten. Durch die hierdurch hervorgerufene Bauaktivität ist das Geranziehen fremder Arbeitskräfte nötig geworden. Die Arbeitslöhne der baugewerblichen Arbeiter sind allgemein gestiegen. Niedere Löhne und Knechtsinn herrschen im ganzen Kreise. Auf der färslich Wismardebenthalms Papierfabrik Hammermühle wird der Knechtsinn besonders gepflegt und geübt. Selbst Lehner, die sich nur liberal betätigen, sind wirtschaftlich schwer geschädigt

worden. Die Bauern haben im Wind der Landwirte ihre politische und in den Massenfesbereinen ihre wirtschaftliche Vertretung. Und die Bürger? Ja, da muß erst jemand geboren werden, der erforschen kann, was sie für eine Meinung haben. Gesund und satt, mehr konnte man bisher noch nicht entdeden.

In diesem Orte ist seit 1903 zweimal ein Zweigverein unseres Verbandes gegründet worden, aber jedesmal bald wieder eingegangen. Im August dieses Jahres erfolgte die dritte Gründung. Schon bei den ersten Gründungen waren die Einwirkungen der Behörden und Bürger und des Arbeitervereins deutlich zu spüren; jetzt beim dritten Male ist es noch deutlicher geworden. Der Herr Bürgermeister ließ den Vorstehenden kommen und hielt diesem einen Vortrag über Arbeiterorganisationen, der darin gipfelte, daß Geselligkeitsvereine und allenfalls örtliche Organisationen das Billigste und Zweckmäßigste für den Arbeiter seien und auch jetzt auf die Hilfe der Behörde rechnen könnten. Auf den Einwand, warum die Landwirte, die Kaufleute, die Ärzte usw. die zentrale Organisation haben und sich stets der Hilfe der Behörden erfreuen, blieb er die Antwort schuldig.

Als der Herr nun einsehen mußte, daß sein Sermon ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten war, verlangte er die Anmeldung der Mitglieder. Langmütig, wie wir sind, ist eine Zeitung diesen ungeschicklichen Verlangen entsprochen worden. Dann wurde die Anmeldung eingestellt, und nur erziehen der Wachmeister auf der Bildfläche. Dieser Geselbeswächter kam zu wiederholten Malen auf die Arbeitsstätte unseres Vorstehenden, nicht um als Hilfsarbeiter zu fungieren, sondern um Auskunft über die Organisation zu holen. Der Zweck der Werbung war ohne Zweifel, durch fortwährende Belästigung die Entlassung des Unbequemeren zu erreichen. In energischer Weise abgelehnt, setzte nun die Minierarbeit an anderer Stelle ein. Die Lokalkassengelder wurden bearbeitet. Der Gastwirt und Materialienhändler Goll lehnte die Vergabe seines Lokals ab, weil er von den vorigen Malen noch genug habe und weil sein Verkauf rückgängig geworden sei; wie er annimmt, ist seinem Nachfolger die Geschäftsberechtigung nur darum verweigert worden, weil Goll dem Zweigverein der Maurer das Lokal gegeben hatte. Der Gastwirt Meinte, ein guter Geschäftsmann und Stadtverordneter; ließ ziemlich freie Ansuchen durchblicken. Er jagte eines Tages die Vergabe seines Lokals zu, zog jedoch im letzten Augenblick seine Zusage mit der Begründung zurück, ihm sei es jetzt erst klar geworden, welche Unannehmlichkeiten für ihn entstehen könnten, wenn er den Maurern sein Lokal gebe.

Mit dem Gastwirt Engel wurde nun vereinbart:

Ich verpflichte mich, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands mein Lokal zu einer Mitglieder- und zu einer öffentlichen Versammlung zur Verfügung zu stellen.

Mummelsburg i. P., 19. September 1909. C. Engel.

Gleich darauf erhielten wir folgendes Schreiben:

Mummelsburg, i. P., 20. September 1909.

Herrn ... hier.

Nachdem ich von verchiedenen Seiten aufmerksam gemacht worden bin, was mir durch Verpflichtungen dem Verbands zu Abhaltung von Versammlungen mein Lokal hergebe für Unannehmlichkeiten entstehen muß ich so leid es mir tut mein Jhn gegebenes Schreiben zurückziehen. Und erkläre hiermit das ich mein Lokal zu derartige Versammlungen nicht hergebe.

Ich war getrennt der Meinung das es sich um einen Geselligkeits Verein handelte, der nur für untereinander sorgende Gemütslichkeit freute

Hochachtung Carl Engel

Schon dem Stil des letzten Schreibens ist anzumerken, daß es unter Willenszwang abgefaßt ist; und fonderbar, der Schlussatz hat den gleichen Sinn, den der Bürgermeister unserm Vorstehenden einimpfen wollte.

Der vierte Wirt gewährte dem Verein Unterkunft. Durch ruhiges, entschlossenes Arbeiten ist der Verein auf 36 ortsanwässige Maurer gewachsen. Jetzt mußte die letzte Truppe heran. Im „unpolitischen“ Arbeiterverein Schwang der Herr Bürgermeister eine Rede, die darin ausklang: „Der Zweigverein der Maurer ist der erste Fühler der Sozialdemokratie. Jeder Maurer sei gewarnt, und jeder Vater, dessen Sohn Maurer ist, möge ihn nicht beschützen.“ Dieser „Führer“ des Bürgermeisters verdient einen Orden; wenn ihn dann noch von dem ohne Zweifel gesetzesfundigere Landrat ein Privatstimmum über das seit Mai 1908 gültige neue Vereins- und Versammlungsrecht gehalten wird, dürfte der Herr ruhiger werden. Schnelle Hilfe tut hier nol, sonst dringt sich der Mann um.

So sieht ein Vierteljahr Vereinsleben in einer Kleinstadt aus. Mut und Festigkeit gehören dazu, um den behördlichen Schikanen und der Achtung erfolgreich zu begegnen. Gut ab vor den Draden, die in ruhiger Beharrlichkeit dem gesteckten Ziele zustreben und sich nicht quälen mit Gedanken über die Grenzen gewerkschaftlicher Macht.

M. Sch.

Holierer und Steinholzleger.

Berlin. Am 8. Dezember fand hier eine Versammlung der streikenden Holierer statt, die von fast sämtlichen Streikenden, soweit sie nicht durch Postenstellen verhindert waren, besucht war. Aus dem Bericht der Streikleitung ging hervor, daß sich die Situation, auch in der letzten Woche, nicht verändert hat; von den Streikenden ist noch keine abtrümmig geworden, obwohl es die Unternehmung an Versuchen, einzelne der streikenden Holierer zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, nicht fehlen lassen. Mit welcher unersönnen Mitteln die Unternehmung den Kampf führen, haben wir ja bereits in der vorigen Nummer durch den Hinweis auf den Artikel des Arbeitgeberverbandes in der „Berliner Volkszeitung“ gezeigt. Heute können wir an einem recht drastischen Falle den Nachweis erbringen, daß sich einzelne Unternehmer (ob mit Wissen und Zustimmung der übrigen Mitglieder des Arbeitgeberverbandes,

wissen wir nicht) die größte Mühe geben, diese Arbeiter, die man in der „Volkszeitung“ als minderwertig und weniger leistungsfähig bezeichnet, zur Wiederaufnahme der Arbeit und damit zum Betrug an ihrer Organisation zu verleiten: Dieser Coup ist zwar dem Unternehmer nicht gelungen, indem die Streikleitung noch zur rechten Zeit auf dem Plane ergriffen, und die, die dem genug gewesen waren, die nachfolgenden Verträge zu unterzeichnen, von der Aufnahme der Arbeit zurückhielt. Es ist sehr angebracht, wenn wir die beiden Verträge der Deffentlichkeit preisgeben, um die Moral unserer Unternehmer zu kennzeichnen. Der erste Vertrag lautet:

§. Krause, Berlin NW. 87, Turmstr. 78.
Vertrag!

Wir Endesunterzeichnete, verpflichten uns, bei der Firma P. Krause, hier, unter folgenden Bedingungen die Arbeit sofort aufzunehmen:

- 1. Der Monatslohn bei tarifmäßiger Arbeitszeit beträgt M 165.
- 2. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten werden laut Lohnarif der Holierfirmen Berlin's extra vergütet.
- 3. Vorort- und Landzulagen werden ebenfalls laut Lohnarif bezahlt.
- 4. Lohnzahlung erfolgt am 1. und 16. jeden Monats.
- 5. Weiderseitige Kündigung hat sechs Wochen vor Ablauf jedes Quartals zu erfolgen.
- 6. Wir verpflichten uns, aus dem Verband der Holierer, Steinholzleger und verwandte Berufsgenossen Berlin's auszutreten und während der Vertragsdauer keiner Organisation anzugehören.
- 7. Die Ausfertigung dieses Vertrags erfolgt in zwei Exemplaren, die von der Kontrahenten zu unterzeichnen sind.

Berlin, den 5. Dezember 1909.
Stempel obiger Firma.

Unterschrift: P. Krause. Unterschrift des Holierers.

Die Verlosigkeit des Vertrags, der an und für sich (da er gegen die Gesetze und die guten Sitten verstößt) zu nichts verpflichtet, wird aber noch durch einen weiteren Vertrag vollständig gemacht. Der zweite Vertrag ist folgenden Wortlaut:

P. Krause, Berlin NW. 87, Turmstr. 87.
Wtschrift.

Die Unterzeichneten erkennen hierdurch ausdrücklich, daß der am 5. Dezember 1909 mit der Firma P. Krause, hier, geschlossene Vertrag mit Monatslohn von M 165 nur als „Scheinvertrag“ besteht! Die Anstellung und Aufnahme der Arbeit unsererseits erfolgt zu den Bedingungen des Lohnarif's des Arbeitgeberverbandes der Berliner Holierfirmen zum neuen Stundenlohn von 70 J usw.

Die Firma P. Krause verpflichtet sich, uns bis zum 1. April unter keinen Umständen (eventl. Maßregelungen seitens des Holiererverbandes eingeschlossen) zu entlassen.

Wir verpflichten uns dagegen, aus dem Verband der Holierer, Steinholzleger und verwandte Berufsgenossen zu Berlin auszutreten und während dieser Zeit keiner Organisation anzugehören.

Diese Ausfertigung geschieht in zwei Exemplaren, die von den Kontrahenten zu unterzeichnen sind.

Berlin, am 6. Dezember, 1909.
(Stempel.) P. Krause.
Unterschrift des Holierers.

Wir überlassen es nun unseren Kollegen und der übrigen organisierten Arbeiterchaft, für diese Handlungsweise der Firma Krause die richtige Bezeichnung zu finden. Wir begründen uns damit, sie an den Pranger zu stellen.

Am 8. Dezember fand hier eine Versammlung der Steinholzleger statt, die aber leider nur mäßig besucht war. Zum ersten Punkt: „Der Streit der Holierer“, gab Kollege Lange den Anwesenden nochmals eine Darstellung über die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Kampfes und zeigte an der Hand von Tatsachen, daß die Unternehmer von vornherein nicht die ehrliche Absicht hatten, mit der Holierern einen für beide Teile annehmbaren Tarif abzuschließen, sondern andere scharfmacherische Zwecke (Verzinsung der Organisation der Holierer usw.) dabei im Auge hatten. Dies beweist allein schon der Umstand, daß sie bei fast jeder Verhandlung, so bald man vor dem Abschluß einer Einigung stand, diese dadurch bereiteten, daß sie stets mit neuen Wünschen und Bedingungen hervortraten, die für die Holierer unannehmbar waren. Niemand aber ist wohl in einem Lohnkampf seitens der Unternehmer mit bezaktig umschönen und verlogenen Mitteln gekämpft worden, wie es hier seitens der Holierfirmen geschieht. Trotzdem aber sieht die Sache für die Holierer günstig, denn die Arbeiter häufen sich immer mehr an. Daher hoffen die Holierer, daß die Unternehmer in kürzester Zeit nachgeben werden. Die Versammlung beschloß alsdann, den kämpfenden Holierern die Lokalkasse zur Verfügung zu stellen.

Hannover. Am 4. Dezember tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung. Betreffs des Berliner Streiks waren sämtliche Kollegen der Meinung, daß es unsere Pflicht sei, die Berliner Kollegen zu unterstützen. Es wurden also erbe Rate M 100 bewilligt und sofort abgeschickt. Dann wurde folgende Resolution angenommen: „Die hannoverschen Holierer und Steinholzleger verpflichten sich, die Berliner Kollegen auch ferner materiell und moralisch zu unterstützen.“ Ferner wurde beschlossen, unsere Jahresversammlung am dritten Weihnachtstfeiertag, namlich am 2. Uhr, abzuhalten. Es wird erwartet, daß jeder Kollege mit dem Witzigkeitsbuche erscheint. Unser Wintervergnügen findet am Neujahrstage im Terrassenkale Königsworff statt. Am rege Beteiligung wird gebeten. (Wiederholt, weil in der Nr. 50 färslich unter den Maurerberichten.)

Zentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einigkeit)

In der Woche vom 5. bis 11. Dezember sind folgende Beiträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Breslau M. 500, Harburg 400, Holzbau 400, Oranienburg 400, Oberschneeweide 250, Leipzig-Neubitz 200, Halbe 200, Stricksteinbeck 200, Kellum 200, Rineburg 200/Saarumund 200, Neurruppin 200, Oldendorf-Schilla 160, Nohlf 100, Stabenshagen 100, Wiefenburg i. d. Mark 100, Metternich a. d. Mosel 60, Duisburg 50, Scherlein 50. Summa M. 3970.

Zufüsse erhielten: Bierck M. 180, Kaugensta 100, Baumh i. d. Mark 100, Wiesbaden 50. Summa M. 380.

Altona, 11. Dezember 1909.
Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterschalt nie, von Anlässen, Baueinstellungen, überhaupt von allen wichtigen Vorankommen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Greifswald. Am 7. Dezember fiel auf dem Neubau des Maurereisenbahn-Garnierens der Kollege H. Schulz bei Stoddecke tief bis in den Keller hinab. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung und andere schwere Wunden. Schulz maererte am Schenkel; als er auf die Mauer trat, rutschte ein Stein auf, worauf Schulz abfiel. Es war nicht abgedeckt, weder die Balkenlage, noch die Eisenträger im Kellergehoß, sonst wäre der Unfall viel harmloser gewesen. Die Zimmerarbeiten führt Poggeborn aus, er wird für die Maßabdeckung der Balkenlage verantwortlich zu machen sein.

Wien a. d. A. 11er. In der vorigen Woche stürzte in Bergen (Kreis Gelle) ein Sägel der landwirtschaftlichen Schule ein, glücklicherweise ohne einen von den am Bau Beschäftigten zu verletzen. Es ist dies im Laufe dieses Jahres der dritte Fall, wo hier durch Senkung ein Bau-einsturz erfolgte. Weiter des Schulbaues ist nicht viel mehr aus Gelle.

*** Gaswerksbrand in Hamburg.** In Hamburg hat am 7. Dezember ein Brand auf dem Gaswerk Grasbrook 17 Menschenleben vernichtet und mehrere Personen so schwer verletzt, daß viele von ihnen dauernd sich bleiben werden. Es handelt sich um einen neuen Gasometer, um den das alte Werk erweitert werden sollte. Der Bau war fast völlig fertig, nur äußere Arbeiten waren noch zu tun, wobei einige Maurer, Monteur, Glaser usw. beschäftigt waren. Der neue Gasometer wurde zum ersten Male gefüllt. Dabei ereignete sich die Katastrophe, die in ihren Ursachen nicht aufgeklärt ist, wobei man auch schon darüber geschrieben hat. Sicher ist wohl nur, daß der Gasometer irgendwo nicht dicht gewesen ist, so daß Gas aus ihm entwich, das sich an irgend einem Feuer - man vermutet an der Lampe in der Kantine - entzündete, worauf das dem kaum halb gefüllten Gasometer ausströmende Gas unter Entzündung einer etwa 30 m hohen gewaltigen Stichtamme verbrannte. Im Gasometer waren, wie schon gesagt, außen noch mehrere Leute beschäftigt; einige davon konnten sich durch eigenhändige Schüttelbewegungen gerettet, unter großer Anstrengung retten, während mehrere andere von dem Flammen erfaßt wurden und sofort zu Asche verbrannten. Andere erlitten durch das Gas, das sich etwa 3 Meter nachmittags, das Dach war nur mit Raspe gedeckt, dieser floß gegen 1½ Uhr in die Luft, wobei keiner mehr verletzt wurde. Es melden sich gewöhnlich Stimmen, die schwere Anklagen gegen die ausführende Firma erheben. Ein Düsseldorf'scher Ingenieur-Gesamter schreibt, daß man unterlassen habe, das Gas beim ersten Füllen des Gasometers bildende Anlagas (eine Verbindung von Leuchtgas und atmosphärischer Sauerstoff) abzusaugen, wie das geschehen mußte. Sätze man das hier getan, so hätte das Unheil nie so groß werden können; dann wäre wohl das ausströmende Gas an der Luft verbrannt, aber der Gasometer selbst wäre unversehrt geblieben und auch Menschenleben wären dann nicht getroffen worden, mit Ausnahme der an der Entzündung Beteiligten. Er wirft der Firma weiter vor, daß durch das Versagen dieses Abzuges schon ein von ihr eingerichteter Gaswerk (in Waldenburg) explodiert sei, wobei ebenfalls zwei Menschen getötet wurden.

Unter den Getöteten befanden sich auch einige Maurer, die jedoch nicht dem Werk angehörten. Es dürfte noch erinnerlich sein, daß ein Arbeiter von auswärtsigen Geschäften (Steinert Chamottiefabrik, Betongeschäft Wagh & Freytag u. a.) ausgeschiedt wurden, die niedrigere Löhne zahlten, weshalb unser Gewerkschafts-Zweigverein die Arbeiten übertrug.

Da die wenigsten Kollegen die Bauart eines Gasometers kennen werden, so geben wir einer Beschreibung Raum, die man von dem gibt, der hier der Gegenstand des Unglücks war.

Der neue eiserne Gasometer ist freistehend und nach dem Relevo-System erbaut. Der Boden des Behälters steht nicht unmittelbar auf dem Erdboden, sondern auf einem Mauerwerk, der auf Betonpfeilern ruht. In diesem Mauerwerk sind zahlreiche runde Öffnungen von 5 m Lichter Höhe angebracht, so daß man unter dem Boden des Gasometers mit Eisenstangen fahren kann. Der Boden des Gasometers besteht aus Eisen und wird durch zahlreiche Stützträger getragen, die radial nach einem Mauerpfeiler gehen, der sich im Mittelpunkt der Anlage befindet. Der Hohlraum unter dem Boden hat eine Höhe von nahezu 18 m. Der Gasometer war etwa zur Hälfte gefüllt, als die Katastrophe eintrat. Aus irgendeiner Ursache, die noch immer nicht genau ermittelt werden konnte, ist der Boden des Gasometers plötzlich gesunken. Die Stützträger und die Mauerpfeiler in der Mitte wurden zerstört, und in kürzester Frist bröckelte das gesamte Gas

in den Hohlraum, von wo aus es durch die torartigen Öffnungen ins Freie gelangte. Hier entzündete es sich. Die Teilnahme mit den Opfern beim den Inter-bliedern der Getöteten erstreckt sich auf alle Bevölkerungs-schichten. In der Bürgerstadt ließ der Senat sein Beileid ausdrücken, wobei Senator Strad von den „braven Arbeitern“ der Gaswerke redete, die durch ihre Besonnenheit noch größeren Unglück verhüteten. Als die gleichen braven Arbeiter im letzten Sommer Lohnforderungen gestellt hatten, beantwortete man das damit, daß man Streik-brecher anwand und Karaden für sie errichten ließ, um die fordernden Arbeiter einzuschüchtern. Wäre es zum Streit gekommen, so hätte der Senat ein Schauspiel nach Wiener Muster auführen lassen, mit Revolvert, Gummischläuchen usw. Jetzt spricht man wieder von „braven Arbeitern“, um bei der nächsten Lohnbewegung abermals gegen sie zu rüsten.

*** Bauarbeiter-schutz in Hamburg-Altona und Wilhelmshagen.** In der letzten Novemberwoche hat die Bauarbeiter-schutzkommission von Hamburg-Altona, der sich in letzter Zeit auch die Arbeiter-schutzkommission von Wilhelmshagen angeschlossen hat, eine eingehende Kontrolle der Winterbauarbeiten vorgenommen. Von einer Sommerkontrolle mußte in diesem Jahre wegen der großen Ausperrung im Bau-gewerbe Abstand genommen werden.

Zur Kontrolle wurden die Fragebogen der Zentral-kommission benutzt. Es waren im ganzen 65 Fragen zu beantworten. Daraus ergibt sich, daß sich die diesjährige Kontrolle auf fast alle Fragen des Bauarbeiter-schutzes sowie auf alle Arbeiterkategorien erstreckte. Die Kontrolle hat auf erfreulicherweise in verschiedener Hinsicht eine Verbesserung an den Bauten ergeben. Auch bei der Kontrolle selbst wurde den hiermit Beauftragten die Arbeit nicht so schwer gemacht, wie in den früheren Jahren. Früher war die Zahl der Unternehmer, die den Kontrollleuten das Betreten der Baustelle verweigerten, sehr groß, in diesem Jahre waren es nur vier. Auch bei den Kollegien war die Auf-nahme besser. Mit wollen das zu unserer Freude gern konstatieren. Hoffentlich ziehen die Scharfmacher unter den Unternehmern daraus nicht den Schluß, nun erst recht wieder gegen die Bestrebungen zur Verbesserung des Bau-arbeiter-schutzes loszugehen. Denn nützen würde es nichts. Einige größere Innungsmeister haben anstandslos die Kon-tralleure auf ihrem Grund und im Bau begleitet und besprochen, vorgefundene Mängel abzustellen. Vielleicht haben die Ausperrung und das manigfaltige Verhalten der Arbeiter während derselben mit dazu beigetragen, eine etwas andere Stimmung in den Unternehmerkreisen nach dieser Richtung hin herbeizuführen. Wenn das Resultat im Vergleich zu den Vorjahren besser geworden ist, so ist das im wesentlichen auf das Wirken der Arbeiter des Bau-gewerbes und der Bauarbeiter-schutzkommission zurück-zuführen. Leider haben sich die schwereren Unfälle in den letzten Monaten trotzdem vermehrt, wie die verschiedenen Mitteilungen ergeben. Es ist daran nach unserer Meinung die übergroße Hast, mit der nach der Ausperrung auf ver-schiedenen Bauten gearbeitet wurde, schuld. Leider war in drei Fällen auch zu verzeichnen, daß Maurer des lieben Profits wegen das Aufgehörte nicht als Arbeitsgerüst be-nutzten, sondern trotzdem über die Sand maereten. Es kann dies gar nicht scharf genug verurteilt werden. Dies-gesah bei den Unternehmern Kretsch, Hammersteinbaum; Krant, Mohlenhofstraße und Anelung, Ochendorferstraße. Die Schutzvorrichtungen im Dachdecker-gewerbe, die in der Verordnung über Bauarbeiter-schutz vom 12. Februar 1908 vorgeschrieben sind, fehlen allerdings bis jetzt nur auf dem Papier. Hier müssen die Dachdecker selbst mit eingreifen. Solange das nicht geschieht, wird es nicht besser werden. Wichtig ist es bei den Glaserarbeiten usw. Wir lassen nunmehr das zahlenmäßige Ergebnis folgen.

Es wurden kontrolliert 394 Baustellen und Arbeits-plätze. Von diesen waren 184 baufähig, 13 teilweise und 196 ganz ohne Bedachung. Von den Unternehmern, die diese Bauten aufstührten, waren 254 im Baugewerbeverband organisiert und 140 unorganisiert. Staats- resp. Kommunebauten waren hierin 34. In den gesamten Bauten waren 10 374 Arbeiter beschäftigt. Von den baufähigen Bauten waren 124 vorchriftsmäßig gedeckt, dagegen war an 34 die Dichtung mangelhaft, an 22 wurde noch keine Innens-arbeit verrichtet. Offene Holzfeuer wurden an 4 Bau-stellen angetroffen. Der Schutz an Laufbrücken, Treppen und Leitern war in 262 Fällen ordnungsmäßig, an 69 dagegen mangelhaft. Die Gerüste beim Innenaufbau waren in 9 Fällen sehr mangelhaft. Für Maler und Anstreicher wurde über die Zungehaltung der Bundesratsvorschriften folgendes festgestellt: Weißerarbeiten wurden in einem Falle verarbeitet, Weißgestrichel wurde in 25 Fällen ge-liefert, in 3 nicht, Seife an 24 Baustellen, an 3 nicht, Nagel-bürsten an 16, an 11 nicht, Handluther an 19, an 7 nicht. In einem Falle wurden den Arbeitern hierfür Geldabzüge gemacht. In Steinmehrgewerbe wurden Hebertretungen der Bundesratsvorschriften in bezug auf die Arbeitszeit z. nicht gefunden. An 4 Baustellen arbeiteten die Steinmehrer ohne das nötige Schutzdach. Einwandfreies Trinkwasser fehlte auf 360 Baustellen. In 360 Baustellen waren vor-handen an 393 Baustellen, hiervon waren 384 winddicht und 9 mangelhaft. Ein mauerähnliches Dach hatten 389 und 4 nicht, Fenster 399 und 1 nicht, dichten Fußboden 369, mangelhaften 24. Lische und Bänke waren in allen Bauten, ebenfals waren alle verschließbar, dagegen wurden nur in zwei Speichelnäpfe angetroffen (hierfür fehlt leider noch eine Verordnung). In 10 Fällen lagerte noch Ma-terial in der Bude. Defen waren überall vorhanden. In 11 Fällen hatte die Bude nicht den genügenden Abstand von dem Abort, und in 6 Fällen befand sich die Bude im Keller. Geringer wurden 26 einmal, 311 zweimal, 24 dreimal die Anzahl waren an 353 Baustellen vorhanden, an 81 fehlten sie und in 9 Fällen war es nicht zu ermitteln. Die An-leitung für die erste Hilfe bei Unglücksfällen, die von der Bauarbeiter-schutzkommission angefertigt und herausgegeben worden ist, weil die Polizei es wiederholt abgeholt hat, hing in 241 Baubuden aus, in 151 nicht. Abort e waren an 391 Baustellen und Pläßen vorhanden, hiervon waren bei 22 die Seitenbänke so unrichtig, daß von außen hinein gehen werden konnte, 387 hatten ein wasserdichtes Dach und 4 nicht. Dichten Fußboden hatten 218 und 178 nicht.

Mit Sitzbrillen versehen waren 370, 21 hatten Rattenfische, mit Türen versehen waren 43, ohne Türen waren 248. Angehängen an die städtische Kanalisation waren 78; in 295 Fällen bediente man sich fäkalischer Säben und in 20 Fällen hatte man Gruben. Die Säbel werden mit wenigen Ausnahmen zweimal in der Woche gewechselt. Auf 295 Baustellen befand sich das Kloset aufgerichtet, in 94 Fällen im Bau. Hantlagen waren 127 vorhanden, in 206 Fällen nicht. In 25 Fällen wurden Eimer, die in den Stagen standen, benutzt. Im Monat November wurden von der Hauptpolizei 29 Bauten gar nicht kontrolliert und 87 nicht von den technischen Aufsichtsbekämtern der Bau-gewerkschaften kontrolliert. Das wäre das Ergebnis der Kontrolle.

Zum Schluß wollen wir noch einige von den ärgsten angetroffenen Mifftänden mitteilen, in der Hoffnung, daß auch diese Unternehmer bald für bessere Verhältnisse an ihren Bauten sorgen werden. Den Zutritt verweigerte man den Kontrollleuten an den Bauten von Dreifelsbau, Kloster-allee, Klähn, Reutekanal, Dehner junior, Sierrichstraße und Weisfelder, Hochallee. Bei Gebr. Haupt, Bau Nagelweg, war das Gerüst sehr schwach, die Dachdecker arbeiteten ohne Hangleine. Bei Sachs & Rohmann, Wefenbüchelhof, war das Gerüst ungenügend. Bei Hofholt, Bradmann, war die Baubude besonders schlecht. Bei Dehner, Büllaustraße, ist ein sehr schlechtes Kloset. Bei Hauch, Werbestraße, fand man eine schlechte Baubude, in der außerdem Material lagerte. Bei Helbing, Verdenfeld (Staatsbau), arbeiten die Dachdecker ohne Schutzborrichtung. Bei Haase, Pappel-brookstraße, war der Abort sehr mangelhaft, ebenso bei Seidel, Pappelbrookstraße, wo auch die Baubude unrichtig war. Bei Müller, Kirchgraben, brannte offenes Kofzfeuer. Bei Gebr. Schulz, Kirchgraben, fehlten die Fanggerüste und an den Schutzdächern die Brüstwehren. Bei Albers, Hammersteinbaum, war die Abdeckung sehr mangelhaft, Baubude und Kloset waren ungenügend. Bei Kädenmeister, Hammer-strasse, benutzte man teilweise hölzerne Klammern statt der eisernen an den Anfahrern, auch fehlte teilweise die vorgeschriebene doppelte Klinkung. Bei Wetgen, Edel-städterweg, spottet das Kloset jeder Beschreibung, die Sidelbrillen waren mangelhaft, der ganze Bau machte einen sehr schlechten Eindruck. Bei Wedemeier, Neffstraße, war die Balkenlage schlecht abgedeckt und die Baubude argest mangelhaft. Bei Aug. Schulz waren Abdeckung und Aus-perrung mangelhaft. In Altona traf man bei Bude, Binnebergstraße, einen mangelhaften Abort; bei Köhns, Mohrentwiete, ein recht mangelhaftes Gerüst. Wir könnten diese Liste noch lange fortsetzen. An alle baugewerblichen Arbeiter richten wir zum Schluß nochmals die dringende Bitte, aus dem Vorstehenden die richtige Ausnützung zu ziehen und in allen Fragen des Bauarbeiter-schutzes gemeinsam an der Baustelle zu handeln, dann werden wir weitere Verbesserungen durchsetzen.

Von der Durchführung des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen (erster Abschnitt), das schon am 21. Juni dieses Jahres in Kraft getreten ist, war so gut wie gar nichts zu merken. Selbst dem § 4 (Anschlagspflicht), der es jedem Unternehmer resp. Bauleiter zur Pflicht macht, an leicht sichtbar Stelle den ausgeschriebenen Vor- und Zunamen des Eigentümers oder Unter-nehmers anzubringen, wird nur an wenigen Bauten ge-nügt. Es scheint, als wenn die Baupolizei sich um die Durchführung dieses Gesetzes noch gar nicht kümmerte.

*** Wohnungsmarkt in Hamburg und Altona.** Kürzlich vorgenommene Zählungen ergaben für Hamburg 4,3 pSt. für Altona 4,7 pSt. leerstehende Wohnungen. Das sind gegenüber manchen anderen Großstädten hohe Zahlen. Jedoch handelt es sich teilweise um Wohnungen, die mit Geschäfts-(Laden-)räumen verbunden sind, wovon in Ham-burg-Altona eine arge Neberproduktion herrscht. Die hohen Bodenpreise erzwingen eine scharfe Ausnützung, die Kapital-ber Spulation tut das übrige, und so kommt es, daß in den meisten Wohnhäusern das Erdgeschoss für Geschäfts-zwecke eingerichtet wird, wofür sich natürlich nicht in dem Maße Mieter finden. Trotz dem ausreichenden Wohnungs-überschusse ist ein wesentlicher Rückgang der gegenwärtig flotten Bautätigkeit in Hamburg-Altona nicht zu befrachten.

Soziales.

*** Die Ehre der Gesellschaft.** Wie alle Jahre um diese Zeit, so wendet sich auch jetzt der Superintendent Braun, der Gründer und Vorkämpfer des Freiwil-ligen Vereins in Angerburg i. Ostpr. an die Öffentlichkeit, mit rührenden Worten um milde Gaben für seine Pflinglinge bittend. In diesem Krüppelheim werden arme, hilflose Kinder aus allen Teilen Deutschlands aufgenommen und unentgeltlich verpflegt. Gegenwärtig sind 350 be-trüppelte Kinder in dieser Anstalt, daneben werden noch in zwölf Siedehäusern 320 alte Krüppel verpflegt. Dies Wert der Barmherzigkeit ist ausschließlich auf die private Miltätigkeit angewiesen; die Götter, die der Preußen-staat etwa dafür übrig haben könnte, muß er für die Auf-zucht von Menschenkindern bitter nötig brauchen. Super-intendent Braun, der hier mit großer Hingebung und Selbstlosigkeit ein hohes Werk verrichtet, führt unter den Selbstamteiten seiner Anstalt neben der höchsten Un-entgeltlichkeit und der von Seiten Religion, Stand und Gebrechen gänzlich unabhängigen Aufnahme auch an, seine Anstalt sei die allerärmste der Welt, sei ohne Stif-tungskapital und habe viele Schulden. Der große Andrang hat in diesem Jahre wieder zwei Neubauten erfordert und die Sorgen vermehrt. Ist es nicht empörend, daß die Sorge für die Neukisten der Armen, für die hilflosen Krüppel, die oft nicht aufrecht gehen können, der privaten Miltätigkeit überlassen bleibt, daß der Staat für diese Elementarpflicht kein Geld hat, während für die noblen Passionen der Feudalen Hunderttausende aus dem ge-meinen Säckel ausgeworfen werden? Superintendent Braun bittet um milde Gaben und verheißt allen Helfern den innigsten Dank seiner erbarungsreichen Pfling-linge.

Soziale Rechtspflegung.

* Ein Betriebsunfall und seine Folgen. Wie sehr die Verletzten und ihre Angehörigen auf eine genaue Feststellung der Unfallfolgen, eines gewissenhaften Unfallprotokolls setzen sollten, zeigt uns wieder nachstehende Unfallsgeschichte.

Der Maurer Sch. aus B. bei Ganau stürzte, als er um ein Gerüst des Neubaus herumgehen wollte, rücklings in die Tiefe. Er landete nach dem Sturz wieder auf, klagte über heftige Schmerzen in der Seite, versuchte sich wieder weiterzuarbeiten. Als der Bauunternehmer kam, hörte er von dem Unfall und fand den Verletzten, sitzend und essend. Er klagte ihm über heftige Schmerzen und wurde dann auf Geheiß des Unternehmers nach Hause geschickt. Der Verletzte fuhr mit der Eisenbahn und ging von der Station zu Fuß nach Hause. Der herbeigerufene Kassenarzt konstatierte „Bruch zweier Rippen und Muskelquetschung des rechten Armes und Schulter“. Wie leicht nun die Ärzte die Diagnose stellen, werden wir noch sehen.

Nach einigen Wochen Erwerbsunfähigkeit wurde der Verletzte vom Kassenarzt aus der Behandlung arbeitsfähig wieder entlassen und leitete derselbe der Berufsgenossenschaft später mit, daß keine schädigenden Folgen des Unfalls mehr vorhanden sind.

Der Verletzte begab sich also wieder an die Arbeit und stellte auch keinen Antrag auf Gewährung der Rente, da ja seine sichtbaren Verletzungen vorhanden waren, auch der Arzt jede Erwerbsbeschränkung bestritt. Später fiel es aber den Angehörigen des Verletzten auf, daß der Vater einen unsicheren Gang bekam, öfters ohne jede Ursache weinte und über Augenschmerzen klagte.

Auch dem Bauunternehmer fiel es auf, daß sein Vorarbeiter nach dem Unfall nicht mehr so zuverlässig war, als früher. Eine Reihe verkehrter Handlungen, mangelhafte schriftliche Rapporte wurden von ihm beanstandet und führten zu wiederholten Ermahnungen. Als sich aber größere Fehler ergaben, wurde der Verletzte entlassen und vom Kassenarzt später der Frankfurter Irrenanstalt überwiesen.

Die Frau des Erkrankten stellte nun durch Vermittlung des Arbeitersekretariats zu Frankfurt a. M. den Antrag auf Gewährung der Unfallrente, da doch die Krankheit nur als eine Folge des erlittenen Unfalls anzusehen sei. Vor dem Unfall sei ihr Ehemann ein fernes und kräftiger Arbeiter gewesen und seit dem Fall immer mehr geistig minderwertiger geworden. Die Berufsgenossenschaft stellte dem Ehepartner der Irrenanstalt ihre, wie sich später herausstellte, zu mangelhaften Unfallakten zur Verfügung und erbat sich ein Gutachten über diesen Fall.

Prof. Sioli stellte in seinem Gutachten fest, daß der Erkrankte an einer Reihe von körperlichen und geistigen Abmindererscheinungen leide. Seine Sprache sei unsicher, stotternd und stotternd und zeigten sich Auslassungen von Silben und Worten. Der Gang sei schwankend und gestreift. Im Gesicht bestehe ein häßliches Zittern und Zucken der Muskeln, der Zunge und Hände. Der Kranke leide an Dementia paralytica und Tabes dorsalis, chronischer Entzündung des Nervensystems, welche nach allgemeiner Erfahrung und wissenschaftlicher Anschauung nicht auf solche Unfälle wie der vorliegende zurückzuführen ist, da es sich bei letzterem nur um eine Quetschung der rechten Seite, nicht aber um eine Kopfverletzung oder Gehirnerschütterung handelt. Professor Sioli kam also zu einer Ablehnung des Anfalls, weil er nur eine Quetschung der Seite annahm. In der Berufung zum Schiedsgericht wies nun die Ehefrau dem Verletzten besonders darauf hin, daß ihr Ehemann am Tage des Unfalls auf über heftige Schmerzen im Hinterkopf geklagt habe, angegeben habe, daß er bei dem Sturz gegen eine Mauer geschleudert worden sei.

Sie eruchte um Vernehmung der Zeugen des Unfalls und des Kassenarztes, welche sicher ihre Angaben bestätigen würden.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Wiesbaden fand es aber gar nicht für nötig, diesem Antrage stattzugeben, und fügte sich nur auf das Gutachten von Professor Sioli, welches ja eine Entkränkung infolge des Unfalls ausdrücklich bestritt.

Bei dem Refus mußte also nachgeholt werden, was das Schiedsgericht bebauerlichweise versäumt hatte. Die Unfallzeugen gaben der armen Frau eine schriftliche Erklärung ab, daß der Verletzte circa 2,20 bis 2,40 m tief herabgefallen sei. Ein Zeuge erklärte, daß Sch. „auf den Kopf stürzte, so daß ich glaubte, er hätte das Genick gebrochen. Ein anderer Zeuge gab an, daß der Verletzte rücklings herunter, mit dem Kopf gegen eine Mauer gefallen“ sei.

Nachdem das Reichversicherungsamt die Zeugen eidlich vernommen ließ, wurde Professor Dr. Sioli nochmals zu einem Gutachten aufgefordert, weil jetzt doch die Kopfverletzung festgestellt worden sei.

Der Arzt erklärte denn auch, daß durch diese neuen Zeugenaussagen ein neues, früher nicht bekanntes Material zu der Entstehungsgeschichte der Krankheit des Sch. geliefert worden sei. Der Verletzte sei dauernd bettlägerig geworden und liege sich jetzt „die Bewegungsstörungen durch eine Gehirnkrankung allein erklären“. Vor dem Unfall sei der Verletzte gesund gewesen, habe nie Syphilis durchgemacht, stamme von gesunden Eltern, habe gesunde Kinder. Es habe sich also einige Wochen nach dem Unfall eine Gehirnkrankheit entwickelt, welche schleichend sich verschlimmert und nach und nach zur Abmindererscheinung geführt habe. Der Schlag des sehr interessanten Gutachtens lautete: Nach der neueren Zeugenaussagen ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, und sogar eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Krankheit des Sch. allein als Folge des erlittenen Unfalls anzusehen ist.

Das Urteil des Reichversicherungsamtes hat nun vorzuzusetzen, die Familie des inzwischen verstorbenen Ver-

letzten erhielt die Rente zugesprochen. In den Urteilsgründen heißt es, daß die Zeugen bezeugt haben, daß der Sturz viel schmerzlicher gewesen sei, als man anfangs angenommen habe und Professor Sioli sogar von einer gewissen Wahrscheinlichkeit spreche, daß das Leiden auf den Unfall zurückzuführen sei.

Verschiedenes.

* Flugmaschinen. Die Flugmaschine scheint auf dem besten Wege, sich vom reinen Sportgerät zum praktischen Verkehrsmittel zu erheben. Seit den Flugversuchen auf dem Tempelhofer Feld und in Albershof sind weitere erhebliche Fortschritte gemacht worden. Während der Flugwoche in Madpool hatte der Spanische Drachensflieger unter Führung von Paulhan acht Bahnrunden bei einer Windgeschwindigkeit von 22,7 km pro Stunde zurückgelegt. Spanman selbst hat auf dem Lagerfeld von Calan eine Strecke von 232 km in vier Stunden und 17 Minuten zurückgelegt, und bis zu einer Höhe von 270 m ist Rougier mit einem Voitingweibeder in Antwerpen emporgestiegen.

Auch in Deutschland, wo bisher die Ballonluftschiffahrt im Vordergrund des Interesses gestanden hatte, beginnt man, sich mit den Flugmaschinen zu beschäftigen. Einen wenn auch nur kleinen Erfolg hat hier Hans Grade erreicht, der den Langpreis mit 40 000 gewann, indem er Flüge von fünf bis sieben Minuten Dauer ausführte, wobei er die vorgeschriebenen Schiffe mit Leichtigkeit auszuführen vermochte. In den letzten Tagen ist es ihm sogar gelungen, sein eine Stunde lang in der Luft zu bleiben. Zur Förderung der Luftschiffahrt im allgemeinen wird die Gründung einer Reichsverkehrsanstalt für Luftschiffahrt geplant, durch die dieses neueste Gebiet der Technik im größeren Maßstabe gefördert werden würde.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu bestehen. Man wendet sich an die nächste Parteilbuchhandlung.)

Der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei hat das Jugendbüchlein „Derzeitiges“ vergrößert neu herausgegeben. Daneben hat er zum ersten Male ein Verzeichnis empfehlenswerter Wandersprüche zusammengestellt. Beide Veröffentlichungen können dem Arbeiter, der etwas dafür übrig hat, seinen Geist und sein Gemüt künzlichlich zu beleben, gute Dienste als zuverlässige Begleiter leisten. Wenn sie nicht durch die örtlichen Organisationen (Partei oder Partei) zugänglich sein sollten, der bekommt sie unentgeltlich, wenn er sich deswegen an den Bildungsausschuß, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, wendet.

„Lebensmittags“ nennt sich ein neues Gedichtbuch von Ludwig Bessen, das soeben bei Joh. Sassenbach-Berlin zum Preise von 50 A erschienen ist. Das handliche Bändchen enthält schlichte Lieder, Stimmungen, Naturmalerien und soziale Bilder, die uns der Dichter in seiner knappen, doch formvollendeten, sich ungenüßlich-bolschewistisch gebenden Art vorführt. Er wandert mit uns durch Frühling und Sommer, durch Herbst und Winter. Mit seinen Augen sehen wir die landschaftlichen Schönheiten der wechselnden Jahreszeiten. Er führt uns in das stille Traumländchen sonniger Lebensmittagsstage, in denen der Mensch auf der Höhe seines Schaffens und seines Genießens steht. Aber er führt uns auch hinein in den Kampf, in das laute lärmende Ringen der Gegenwart. Neben prächtigen Stimmungsbildern finden wir trostige Kampfrufe, in denen eine frohe Siegesgewißheit lebt, Strophien, die anfeuernd und beglückend wirken, weil sie aus dem Leben und Ringen des Arbeiters heraus für seine Ideale, seine Zukunft, seine Befreiung aus den Ketten des Kapitalismus geschrieben sind. Ludwig Bessen dürfte als Dichter den meisten unserer Kollegen bekannt sein. Aber gerade an einer guten, kesselphänomen- und formvollendeten Dichtung hat, dem können wir sein neuestes Gedichtbuch „Lebensmittags“ bestens empfehlen.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

An die Empfänger des L'Operaio Italiano. Das italienische Blatt erscheint in den nächsten Wochen einigemal nicht. Die Nr. 52 wird erst am 31. Dezember, die Nr. 1 des neuen Jahrgangs nicht vor Mitte Januar erscheinen. R. Sch. in M. Die Schriften, die wir als eingegangen bekanntgeben, sind nicht von uns zu beziehen, sondern von dem Verlag, sowie von jeder Buchhandlung. B. J. in Gr. L. Wir hatten das Blatt nicht und kennen es auch nicht.

Für Herrn Reinhardt, den Exkurrenten-Mutterpädagogen, sind uns mehrere Antworten zugegangen. Wie können und mögen sie nicht alle abdrucken, denn das ist uns Herr Reinhardt wirklich nicht wert; doch folgende Scherzrechnung mag hier Platz finden:

Table with 2 columns: Description of work and number of days. Includes rows for 'Die Jahresarbeit der Lehrer', 'Das Jahr hat', '52 Tage sind Sonntage', '14 Tage sind Feiertage', 'Jede Woche ist am Mittwoch und Sonntag', '9 Wochen Ferien', and 'Weibchen also'.

für die Arbeit übrig; aber auf diese fallen der Geburtstag des Kindes und der Saunspaziergang.

D. B. in S. Richter über Herstellung von Terrazzo, Kunststein usw. kommt Du von S. Lamprecht in Schmied a. b. G., Rönigstr. 9, beziehen. Chr. D. in Au. Darüber können wir keine Auskunft geben.

Arbeiter-Dilettanten-Sammlerfestung, Berlin. Die Ausstellung findet vom 16. bis 30. Januar im Generalkonferenzsaal statt. Arbeiter, die sich in ihren Museen mit Mechanik und Plastik beschäftigen oder sonst etwas Neuartiges geschaffen haben, Entwürfen usw., werden gebeten, sich umgehend mit Adolf Leventhal, Berlin W. 80, Neue Winterfeldstr. 26, in Verbindung zu setzen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Parteistellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 15 A.) Göt. Am 10. Dezember starb unser Verbandskollege Ph. Schick im Alter von 27 Jahren an Lungenerkrankung. Dresden. Am 6. Dezember starb unser Kollege Otto Naumann im Alter von 44 Jahren an Schwindsucht. Am 5. Dezember starb unser Mitglied Wilhelm Müller aus Radeberg im Alter von 46 Jahren an Schlaganfall. Gelsenkirchen. (Zahlstelle Wanne). Am 10. Dezember ist unser langjähriger, treuer Mitglied Lorenz Zentler im Alter von 26 Jahren auf der Beche „Wilschen“ tödlich verunglückt. Glogau. Am 1. Dezember starb unser langjähriges Mitglied Anton Hahn im Alter von 61 Jahren. Langenbickeln. Am 9. Dezember starb nach langem Leiden unser Kollege Heinrich Scholz aus Wiegelsdorf im Alter von 62 Jahren an Schwindsucht. Sauburg. Am 9. Dezember starb unser Verbandskollege Wilh. Lindemann aus Lüttau im Alter von 38 Jahren an Winddarmenentzündung. Leipzig. Am 8. Dezember starb unser Kollege Karl Hartmann an den Folgen eines Unfalls. Am 4. Dezember starb unser langjähriger und treuer Verbandskollege Hermann Weisse im Alter von 86 Jahren an Winddarmenentzündung. Regensburg. Am 8. Dezember starb unser treuer Kollege Michael Lang im Alter von 28 Jahren an einer schweren Verletzung. Stuttgart. Am 6. Dezember starb unser Kollege Friedr. Alber, Spieler, von Unterjelmungen im Alter von 30 Jahren an Lungenerkrankung. (Chre ihrem Andenken!)

Luckenwalde.

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Hermann Schulz, Dahmerstr. 34. [M. 1,50]

Paul Stözel und Franz Hirter, wo steht Sendet eure Adresse an A. Zimmerling, Konstantz, Galtshaus „Selbia“. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Konstanz.

Max Winter, geb. 18. September 1887 zu Wieblingen, wird erucht, uns seine Adresse anzugeben. Auch bitten wir die Kollegen, denen der Aufenthalt des Gesuchten bekannt ist, umgehend Mitteilung zu machen an H. Bernhardt, Gartenstr. 23. [M. 1,50] Zweigverein Pforzheim.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorhändler, K Kassenier, L Verbandsleiter, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgestellt bei.) Dürren. V Peter Clemens, Eisenbahnstr. (Schulz'sche Häuser 18). K und Rz Wilhelm Laaf, Niderstrampweg 3, I. Et. L. Hub. Zaprell, Oberstr. 50. Grevesmühlen. Rz Joh. Schröder, Wohnhoffstr. 40. Torgau. L Königsbad; bei Herrn Seeter.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonnabend, den 18. Dezember. Frelenwalde. Abends 8 Uhr Generalversammlung im Postamt von F. Anbin, Kanalstr. 3. Z.-D. Hofstr. 2910.

Sonntag, den 19. Dezember. Driesen. Nachm. 3 Uhr im Lokal des Herrn Paul Junge, nächste Tagesordnung. Mitglieder sind mitzubringen. Lychen. Nachm. 3 Uhr bei G. Ball, Z.-D. Vortrag, Wahl eines Delegierten. Bergedens. Abends 8 Uhr. Mitglieder sind mitzubringen. Nachm. 8 Uhr. Z.-D. Vortrag über Zerstörung. Der Gewerkschaften wird an der Versammlung teilnehmen. Zerbst. Nachm. 4 Uhr.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw. Sonnabend, den 25. Dezember. Prettlin. Nachm. 3 Uhr bei Grundmann in Richtenburg. Z.-D. Vorstandswahl.